



Nun also die Studenten. Zwar drohen in Berlin und Brandenburg die Studiengebühren womöglich erst 2006, doch wo Bildung mit Eintrittsgeld belastet und Lehre zur Dienstleistung herabgewürdigt werden soll, ist Zukunft in Gefahr. So sahen es auch Berliner Studierende zur Demo am 3. Februar.

KEIN REZEPT FÜR DEN SIECHEN ARBEITSMARKT

700 000 Jobsuchende in der Region und nicht mal 13 000 Stellen

Die aktuellen Arbeitsmarktzahlen für Berlin und Brandenburg offenbaren eine Katastrophe: 700.000 Menschen suchen einen Job. Auch die verdeckte Arbeitslosigkeit ist höher als befürchtet. Statt der prognostizierten 270.000 sind in der Region inzwischen 300.000 Empfänger von Arbeitslosengeld II registriert. Der immensen Zahl der Erwerbslosen stehen lediglich 12.894 gemeldete offene Stellen gegenüber. Da helfen weder Hartz IV noch weiterer Einschnitt zu Lasten der Betroffenen: Wenn selbst theoretisch nur für 1,8 Prozent aller Jobsuchenden ein neuer Arbeitsplatz zur Verfügung steht, dann läuft die gepriesenste „Reform“ ins Leere. „Wo keine Arbeit ist, da

kann auch nichts vermittelt werden“, kritisiert Dieter Scholz, DGB-Chef von Berlin-Brandenburg. Er sieht den Arbeitsmarkt der Region „tief in der Sackgasse“. Allein innerhalb eines Monats seien weitere 11.000 sozialversiche-

**Gewerkschaften
fordern Kurswechsel**

rungspflichtige Stellen abgebaut worden. Krücken wie Personalservice-Agenturen und Ich-AG seien zu kostspielig und ineffektiv. Die so genannten Ein-Euro-Jobs weckten zudem Begehrlichkeiten in Teilen der Wirtschaft. Sie dürften jedoch „reguläre Ar-

beitsplätze nicht verdrängen und nicht für kommunale Pflichtaufgaben missbraucht werden“, so Scholz. Auf der 2. Arbeitslosenkonferenz des DGB Mitte Februar wurde eine effektive Überprüfung der Ein-Euro-Jobs gefordert. Sie müssten Integrationsangebote sein und der Qualifikation der Erwerbslosen entsprechen.

Angesichts der Rekordgewinne der Wirtschaft sei der „erneute Anstieg der Arbeitslosenzahlen ein unerträglicher Zustand“, schimpft auch DGB-Chef Michael Sommer. Er beklagt, dass „Unternehmen ihrer Verantwortung für den Standort Deutschland nicht nachkommen und ihre Milliardengewinne nicht investieren“. Tatsächlich hätten die Wirtschafts-

EINLADUNG

Meinungsmache geht alle an! – Medien im Griff der Wirtschaftsmacht

Einstiegsreferate und anschließende Diskussion mit Prof. Rudolf Speth (FU Berlin), Markus Brauck (Frankfurter Rundschau), Dr. Hans-Jürgen Arlt (Publizist, ehemaliger Pressesprecher des DGB).

Wie kommt es, dass wir in den tonangebenden Medien fast ausschließlich neoliberale Thesen zu lesen, zu hören und zu sehen bekommen? Wer zieht hinter den Kulissen die Fäden? Wie sieht es in den Redaktionen aus? Warum erscheinen Gewerkschaften nur als „Blockierer“? Die Veranstaltung will diese Vorgänge durchschaubar machen und Konsequenzen für die gewerkschaftliche Öffentlichkeitsarbeit erörtern.

Wann? Dienstag, 15. März 2005, 18.00 Uhr

Wo? ver.di-Haus Köpenickerstr. 30, 6. Stock, Raum 6.06

verbände, arbeitgebernahe Initiativen, Wissenschaftler und die maßgeblichen Medien es fertig gebracht, im Lande eine Stimmung zu erzeugen, die nach Sommer „die falsche Medizin für unseren kranken Arbeitsmarkt“ darstellt. Sie suggeriere, dass die Unternehmensgewinne zu Lasten der Arbeitnehmerinkommen weiter steigen müssten, um Aufschwung zu sichern. Nach Art der Deutschen Bank? Unternehmerforderungen nach weiteren Einschnitten ins soziale Netz und dem Abbau von Mitbestimmungsrechten sieht der DGB als „Ablenkungsmanöver von der Arbeitsmarktmisere, die in erster Linie die Wirtschaft zu verantworten hat“. Angesichts eines 30-Jahres-Hochs der deutschen Unternehmensgewinne endlich klare Worte. Umsteuern jetzt! forderte der DGB Ende Januar auf einem Kongress zur „Zukunft der sozialen Sicherung“. Höchste Zeit! **neh**

Für alle, die in der Druckindustrie und in der Papier, Pappe und Kunststoffe verarbeitenden Industrie beschäftigt oder auch nicht mehr beschäftigt sind, stehen die Zeichen auf Sturm. Die jetzige Tarifrunde ist kaum vergleichbar mit denen der vergangenen Jahre. In beiden Branchen sind die Manteltarifverträge (MTV) von den Unternehmerverbänden gekündigt. In der Papierverarbeitung ist der MTV bereits seit 1. Januar in der Nachwirkung. Der für die Druckindustrie gilt nur noch bis zum 31. März.

Warum ist diese Tarifrunde von solcher Bedeutung, und zwar nicht nur für unsere Branchen, sondern darüber hinaus für die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung im ganzen Land? In diesen Manteltarifverträgen sind die Errungenschaften erfolgreicher und zum Teil mit großer Härte geführter Tarifikämpfe fest geschrieben. Der IG Druck und Papier und danach der IG Medien ist es immer wieder gelungen, ihre Mitglieder – und in vielen Fällen auch Nichtmitglieder – zu mobilisieren, gemeinsame Stärke zu entwickeln und Forderungen durchzusetzen: 50 Prozent Urlaubsgeld, 95 Prozent Jahresleistung, Maschinenbesetzungsregelungen (die Zahl und Qualifikation für Arbeitsplätze an den Maschinen festlegen), der Lohnrahmentarifvertrag, Zuschläge für Überstunden, für Schichtarbeit, insbesondere für Nachtar-

beit und die in den Zeitungs- und Zeitschriftenbetrieben notwendige Wochenendarbeit, für die anderen Betriebe der freie Samstag und die 35-Stundenwoche.

All dieses sind Erfolge, die für uns, die wir sie erkämpft und bis

passungsleistungen der letzten drei Jahrzehnte flexibel geregelt und überhaupt erst ermöglicht: vom Blei über den Fotosatz bis zum digitalen Satz, vom Hoch zum Offsetdruck und von dort zum digitalen Druck, von der Fa-

zierung der Maschinenbesetzungen, der Samstag als Regelarbeitstag, Arbeitszeitverlängerung auf bis zu 40 Stunden in der Woche, unbezahlt versteht sich, weitere Flexibilisierung der Arbeitszeiten, keine Übernahme der Azubis mehr. Sollte diesen Zumutungen nicht nachgegeben werden, so wird unverhohlen gedroht, gibt es keine Flächentarifverträge mehr.

Wir alle kennen das Umfeld, in dem sich diese „Tarifrunde“ abspielt. Wir wissen um das Betriebssterben gerade in Berlin-Brandenburg. Uns allen sitzen die Arbeitslosigkeit und Hartz IV im Nacken. Viele von uns haben Angst – um den Arbeitsplatz, die Existenz der Familien, um die Zukunft. Und wir wissen alle: Angst essen Seele auf. Wir wissen aber auch aus Kämpfen, die wir mal mit mehr, mal mit weniger Erfolg bestanden haben: Wenn es uns gelingt, diese Angst zu überwinden, wenn wir feststellen, mit uns stehen mehr Kolleginnen und Kollegen auf, und mehr Menschen bestärken uns darin, dass wir völlig zu Recht für unsere Forderungen kämpfen, dann wächst der Mut. Und mit dem Mut und mit dem Gegendruck wächst die gemeinsame Kraft. Denn soviel ist nach dem Tarifabschluss im Öffentlichen Dienst klar: Wir werden unsere Errungenschaften nur dann erfolgreich verteidigen, wenn wir darum kämpfen.

AUF EIN WORT

MIT DEM MUT WÄCHST DIE KRAFT

CONSTANZE LINDEMANN, VORSITZENDE DES
VER.DI-LANDESFACHBEREICHS MEDIEN, KUNST UND INDUSTRIE



Foto: transktiv, Polentz

heute verteidigt haben, keinen Luxus darstellen. Tarifnormen sind Mindestnormen. Sie sind Ausdruck des aufrechten Gangs. Diese Regelungen garantieren nicht mehr und nicht weniger als ein vernünftiges Einkommen, akzeptable Arbeitsbedingungen und den hohen Qualitätsstandard der von uns gefertigten Produkte. Sie haben für die Betriebe wie für die Beschäftigten die so zahlreichen und einschneidenden technologischen Umbrüche und An-

denbindung zu vollautomatisierten Bindestraßen. Sie geben vor, dass in allen Zweigen und in allen Betrieben der Branchen dieselben Bedingungen gelten.

Damit soll nun nach Auffassung der Unternehmer Schluss sein. Es geht ihnen bei den laufenden Treffen nicht mehr ums Verhandeln im Wortsinn: Von ver.di und von uns allen wird die schlichte Unterwerfung unter ihr Diktat verlangt. Radikale Beschneidung der Zuschläge, Redu-

BUCHTIPP

IM IRRGARTEN DER DEUTSCHEN SPRACHE

KIEPENHEUER & WITSCH

Was ist eine Zwiebfisch-Kolumne? Wenn sie von Bastian Sick verfasst wurde, handelt es sich um eine unterhaltsame Abhandlung über Fallen, in die man beim Sprachgebrauch tappen kann: die massenhaft falschen Apostroph's, die fatalen Getrennschreibungen infolge Rechtschreibreform, das Elend mit dem Bindestrich, der richtige oder falsche Einsatz von um oder über und dergleichen mehr. Nachdem PISA erhebliche Versäumnisse in der Rechtschreibung unbarmherzig bescheinigt hat, sollten auch alle professionell und öffentlich Schreibenden in sich gehen und eigene Wissens-

lücken nicht länger klaffen lassen.

Der Autor erweist sich rundum als kenntnisreich und kompetent. Und eines zeichnet sein Buch ebenfalls aus – es ist so wenig belehrend, dass man sich fast scheut, es lehrreich zu nennen. Mir hat es beim Lesen regelrecht Spaß bereitet. Außerdem kann man es ebenso von vorn nach hinten wie umgekehrt benutzen oder in der Mitte ein beliebiges Kapitel aufschlagen. Überall trifft man auf brauchbare Hinweise, verschlüsselt in unterhaltsamen Texten. Das Geschriebene zeigt, sagt der Autor, „wie man sich mit der Machete einen Weg durch widerspenstiges grammatisches Gebüsch schlagen kann, es führt Sie um syntaktische Fallgruben herum, weist Sie auf orthographischen Treibsand hin und bringt Sie sicher übers stilistische Glatteis“.

Im Anhang reicht ein kleines ABC von Administration / Regierung bis Zyper / Zyprioten – nicht die einzige Möglichkeit zum Nachschlagen; es gibt hilfreiche Tabellen, beispielsweise über den Gebrauch von Genitiv und Dativ, problematische Fremdwörter in Ein- und Mehrzahl, sinnverwandte Begriffe, unregelmäßige Verben und mehr. Was sagen will, dass man es mit einem praktischen Handbuch beim täglichen Schreiben zu tun hat. Eines, das mir am Herzen liegt, habe ich allerdings vermisst: die Auseinandersetzung mit dem überbordenden Gebrauch englischer Begriffe, wo es deutsche ebenso oder besser tun.

Entstanden ist das schmale Buch aus den Spiegel-online-Zwiebfisch-Kolumnen. Wer mehr wissen möchte, findet im Internet

„Zwiebfischchen“, von Lesern eingesandt, auch werden dort Fachfragen beantwortet – ob es sich nun um die Herkunft des Wortes Nagelprobe handelt oder das Problem, ob man an Ostern oder zu Ostern sagt.

Bleibt die Frage: Was ist ein Zwiebfisch? Kenner der schwarzen Kunst aus der Zeit vor der flächendeckenden Einführung des PC wissen: Es ist ein Buchstabe, der aus einer anderen Schrift fälschlich irgendwo dazwischen geraten ist. Der Name stammt also aus der bildhaften Sprache der Setzer und Drucker seligen Angedenkens, wo es auch Hurenkinder, Hochzeit, Pachulke und Ähnliches gab. Aber das ist wieder ein anderes Thema. **Annemarie Görne**

Bastian Sick: Der Dativ ist dem Genitiv sein Tod. Verlag Kiepenheuer & Witsch 2004. 230 Seiten. 8,90 Euro. ISBN 3-462-03448-0.

Hauptsache billig

Ein-Euro-Jobs im Kulturbereich – ein massives Problem

Der Vorschlag schlug Anfang Januar heftig ein: Der Berliner Verleger Hans-J. Heinrich bot dem Kulturstaatsministerium an, mit 20.000 Ein-Euro-Kräften Bücher, Gemälde und anderes Kulturgut digital zu archivieren. Einige Wochen wurde das Vorhaben diskutiert, dann nannte Kulturstaatsministerin Christina Weiss den Vorschlag „befremdlich“.

Mag der Vorstoß besonders dreist gewesen sein, atypisch für den Umgang mit dem seit 1. Januar im Rahmen von „Hartz IV“ geschaffenen Instrument des Ein-Euro-Jobs ist der Fall nicht. „Es wird von Tag zu Tag deutlicher, dass wir es mit einem massiven Problem zu tun haben“, sagt Olaf Zimmermann, Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates. Der Spitzenverband der Bundeskulturverbände hat Mitte Januar alle Kultureinrichtungen im Lande aufgefordert, ihren geplanten Einsatz von Ein-Euro-Jobbern zu melden. Olaf Zimmermann: „Der Rücklauf ist enorm. Durchschnittlich sechs Mails gehen jeden Tag bei uns ein, die zwar noch keinen repräsentativen Querschnitt abbilden, aber bereits sehr interessante Ergebnisse zu Tage fördern.“

Klar zeichne sich ab, dass vor allem kleine Kultureinrichtungen auf die für sie kostenlosen Ar-



Der Einsatz von Billigjobbern wird eher hinter den Kulissen gehalten

beitskräfte zurückgreifen. Besonders stark sei die Nachfrage, so Zimmermann, bei Bibliotheken, soziokulturellen Zentren sowie Museen: „Gerade hier drängen die Kommunen, die ja die Geldgeber dieser Einrichtungen sind und unter ständigem Sparzwang stehen, Ein-Euro-Kräfte einzusetzen“.

Im konkreten Einzelfall wird deutlich, wie flexibel die Vorgaben für den Einsatz der Billigkräfte interpretiert werden. Laut Sozialgesetzbuch II (SGB II oder auch Hartz IV) sollen erwerbsfähige Beziehende des Arbeitslosengeldes II Jobmöglichkeiten erhalten, die im öffentlichen Interesse liegen, zusätzlich und arbeitsmarktpolitisch zweckmäßig sein müssen.

Die Realität sieht dann etwa so aus wie bei einem kleinen staatlichen Theater in Berlin, das zum Schutz der Betroffenen nicht namentlich erwähnt sein soll: Innerhalb von zwei Jahren müssen hier, laut Auskunft eines Personalratsmitgliedes, vierzig von 121 Stellen abgebaut werden, 31 sind bereits „geschafft“. „Selbstverständlich geht es nun darum, die liegen gebliebene Arbeit zumindest teilweise mit Ein-Euro-Jobbern zu erledigen“, sagt das Personalratsmitglied. Acht Leute sind bereits vor Weihnachten, da noch auf freiwilliger Basis mit 1,50 Euro pro Stunde, von einer Agentur an das Theater vermittelt worden. Der äußeren Form nach sind keine groben Verstöße gegen die Ein-Euro-Vorgaben gemacht worden. Dass ALG II-Bezieher hier nicht zusätzliche Aufgaben, sondern die Arbeit vormals regulär Beschäftigter erledigen, ist schwer nachweisbar. Doch in mindestens einem Punkt haben sich die Personalverantwortlichen des Theaters nicht an die Vorgaben gehalten: Sie haben den Personalrat nicht einbezogen. Im ver.di-Bundesvorstand, Bereich Mitbestimmung, sieht man darin einen Verstoß. „Der Betriebsrat bzw. Personalrat hat vor jeder Einstellung einer/eines 1-2 Euro-Jobberin/Jobbers nach § 99 BetrVG bzw. § 75 Absatz 1 Ziff. 1 § 77 BPersVG mitzubestimmen“, heißt es in einer Informationsschrift zu den Rechten und Möglichkeiten der betrieblichen Interessenvertretung bei Ein-Euro-Jobs.

Auch beim Staatstheater Cottbus haben die Beschäftigten nur durch Zufall erfahren, dass seit Spätherbst 2004 „vier oder fünf“ 1,50 Euro-Jobber in ihren Reihen arbeiten. „So weit wir das überblicken, werden diese Leute eingesetzt wie alle anderen Kollegen“, sagt Helga Bunke von ver.di Cottbus. „Sie arbeiten im Besucherservice, in der Technik, in der Werkstatt.“

Zwar sind beim Staatstheater bisher noch keine regulär Beschäftigten entlassen worden, doch die Gefahr sei groß, dass gerade wegen des Billigangebotes nun Stellen abgebaut werden, so Helga Bunke.

Für die Vermittlung von Ein-Euro-Jobbern in Brandenburg ist die Kompetenzagentur zuständig, eine Tochtergesellschaft des Berliner Sozialpädagogischen Instituts (SPI), das obendrein in Cottbus ein von der Bundesagentur für Arbeit gefördertes Modellprojekt „Jugend at work“ betreibt. Ungefähr zwanzig jugendliche, schwer vermittelbare Arbeitslose seien darüber auf Ein-Euro-Basis in Cottbuser Kulturstätten vermittelt worden; neben dem Staatstheater auch in das „Theater Native C“, das „Piccolo Theater“, die Kunstsammlung der Brandenburgischen Kulturstiftung, Bibliotheken und Museen, erklärt die Projektleiterin von „Jugend at work“, Britt Banert. Die Nachfrage hält an.

„Das Grundproblem besteht darin, dass die meisten Theater in den letzten Jahren so viel Personal verloren haben, dass sie es sich gar nicht leisten können, auf Ein-Euro-Jobber zu verzichten“, sagt Sabine Schöneburg vom ver.di-Landesbezirk Berlin-Brandenburg. Gewerkschaftern und Personal- bzw. Betriebsräten fehle bisher der nötige Überblick über den Einsatz von Billigkräften. „Der Fachgruppen-Vorstand plant eine Analyse der Situation, damit wir auf einer soliden Grundlage Verstöße anprangern können.“

Olaf Zimmermann vom Deutschen Kulturrat wünscht sich schon jetzt klarere Worte seitens der Gewerkschaften. „Ein-Euro-Jobs im Kulturbereich sind ein Eldorado für die Vermittlung von langzeitarbeitslosen Akademikern, obwohl die Jobs gar nicht für diese Gruppe gedacht waren.“ Im Kulturbereich, der seit langem unter Mittelkürzungen leide und in dem es ohnehin wenig Dauerarbeitsplätze gebe, drohe so „die schleichende Vernichtung von Stellen und Verdienstmöglichkeiten“. Eine solche Verdrängung sei unökonomisch und habe nichts mit einer Arbeitsmarktreform zu tun, so Zimmermann. Da im Moment niemand exakt weiß, wie viele Ein-Euro-Jobber im Kulturbereich eingesetzt werden und welche Arbeiten sie tatsächlich verrichten, könnte noch manch spannender „Fall“ bekannt werden.

Gudrun Giese

ANZEIGE

Radio. Machen. Lernen.



Ausbildung
Produktionsstudio
Rechner-Schnittplätze
Reportagetechnik
Sonderkonditionen für
Mitglieder!!! Mehr Info?

www.medienKonkret.de

NPR-Hörfunkzentrum

Klare Worte gegen Missbrauch wären nötig

beitskräfte zurückgreifen. Besonders stark sei die Nachfrage, so Zimmermann, bei Bibliotheken, soziokulturellen Zentren sowie Museen: „Gerade hier drängen die Kommunen, die ja die Geldgeber dieser Einrichtungen sind und unter ständigem Sparzwang stehen, Ein-Euro-Kräfte einzusetzen“.

Im konkreten Einzelfall wird deutlich, wie flexibel die Vorgaben für den Einsatz der Billigkräfte interpretiert werden. Laut Sozialgesetzbuch II (SGB II oder auch Hartz IV) sollen erwerbsfähige Beziehende des Arbeitslosengeldes II Jobmöglichkeiten erhalten, die im öffentlichen Interesse liegen, zusätzlich und arbeitsmarktpolitisch zweckmäßig sein müssen.

Die Realität sieht dann etwa so aus wie bei einem kleinen staatlichen Theater in Berlin, das zum Schutz der Betroffenen nicht namentlich erwähnt sein soll: Inner-

Nicht mehr verboten, sondern totgeschwiegen!

Medien Galerie zeigte Ausstellung des BV Arbeiterfotografie



Bildreportagen, Einzelfotos und Montagen stellte der Bundesverband Arbeiterfotografie zu einer sehenswerten Schau zusammen

Vom 8. Januar bis 6. Februar 2005 wurde in der Medien Galerie die Ausstellung „Rettet den Reichtum – Die Politik des globalen Kapitals und der Widerstand dagegen“ gezeigt. Im Beiprogramm fand am 9. Januar eine Konferenz „Die Medien und der globale Krieg nach innen und außen“ statt. Anneliese Fikentscher (A.F.) und Andreas Neumann (A.N.) vom Bundesverband Arbeiterfotografie organisierten die Ausstellung und beantworteten unsere Fragen.

Wer hatte die Idee zu der Ausstellung?

A.F.: Der Bundesverband Arbeiterfotografie stellt seine alljährliche Ausstellung unter ein bestimmtes Thema. 2003 ging es um die Problematik des Wohnens. Die Ausstellung war zunächst in Frankfurt/Main gezeigt worden. Für 2004 haben wir uns auf das Thema Soziallabbau geeinigt.

Und wie wurde das Thema umgesetzt?

A.F.: 30 Fotografen und Fotografinnen, Bildkünstler und -künstlerinnen aus dem Verband Arbeiterfotografie und darüber hinaus machten sich auf vielfältige Weise auf die Suche nach dem verschwundenen Reichtum. Dabei verwenden sie unterschiedliche Mittel. Einzelfotos sind ebenso vertreten wie Bildserien, Reportagen, Collagen und Montagen. Einige streifen regionale Bezüge, andere thematisieren bundespolitische Ereignisse. Doch alle Künstler wollten mit ihren Arbeiten einen Beitrag zum Widerstand gegen die Politik des globalen Kapitals leisten.

Man könnte die Ausstellung als Beitrag zu den Protesten gegen Hartz IV verstehen. War das beabsichtigt?

A.N.: Tatsächlich ist das Konzept der Ausstellung vor den Hartz-Protesten erarbeitet worden. Wir haben dann im Laufe des Jahres Arbeiten bekommen, die sich in vielfältiger Weise mit den Protesten befassen. Wir waren also wieder einmal aktueller, als uns lieb ist.

Manche der Plakate erinnern an Arbeiten des Grafikers Klaus Staeck. Der hatte in den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts deshalb Ärger mit Justiz und Politikern. Gab es bei Ihnen ähnliche Probleme?

A.N.: Es ist richtig, dass unsere Arbeiten formal auch von Klaus Staeck beeinflusst sind, inhaltlich allerdings mehr von John Heartfield. Juristische Probleme hatten wir bisher nicht. Es gibt immer zwei Strategien im Umgang mit unbequemer Kunst. Entweder man geht mit scharfen Mitteln dagegen vor, oder man schweigt sie tot. So mussten eben einige Museen gerade umbauen, als wir anfragten. Wir werden nicht verboten, aber man versucht, uns totzuschweigen.

A.F.: Daher sind wir sehr froh, dass die Mediengalerie uns wieder die Gelegenheit gegeben hat, unsere Arbeiten zu präsentieren. 2002 wurde unsere Ausstellung „Der Krieg begann nicht am 11. September“ ebenfalls hier gezeigt.

Eine eintägige Konferenz unter dem Titel „Die Medien und der globale Krieg nach innen und außen“ stand am Beginn der Ausstellung. Wo ist der inhaltliche Zusammenhang zu den Bildern?

A.N.: Die Konferenz betrachten wir als thematische Ergänzung und Erweiterung. Es geht um die vertiefte Analyse des Zusammenspiels von sozialen und wirtschaftlichen Aspekten im Inland und internationalen Aspekten. Der Zusammenhang zwischen dem Krieg nach innen, also der sozialen Demontage in den Industrieländern, und dem Krieg nach außen sowie die Rolle der Medien dabei war eine Frage, der sich verschiedene mit der Thematik befasste Kollegen widmeten.

Kann eine solche Ausstellung Menschen beeinflussen?

A.N.: Wir können als Arbeiterfotografen eine Stimulanz für politi-



Neues Ehrenmitglied des Bundesverbandes: Gabriele Senft

sche Arbeit geben. Menschen werden angeregt und kommen vielleicht auf neue Ideen.

A.F.: Wir wollen auch Gedankensperren und -verbote durchbrechen. Dazu ist auch das Mittel der künstlerischen Provokation nötig. Kontroverse Debatten sind erwünscht.

Hat die Arbeiterfotografie schon ein Thema für das neue Jahr benannt?

A.F.: Noch nicht. Zunächst wollen wir uns vorrangig um die Weiterverbreitung der Ausstellung kümmern. Dabei werden wir auch mit Attac kooperieren.

Interview: Peter Nowak

VORSCHAU

„Nur Frauen“

Ab 7. März werden in der Medien Galerie unter dem Motto „Nur Frauen“ Frauenbildnisse, Tafelmalerei und Zeichnungen des Malers und Grafikers Kurt-Hermann Kühn (1926 – 1998) gezeigt. Ergänzt wird die Ausstellung anlässlich des Internationalen Frauentages durch Handzeichnungen, Aquarelle und Miniaturen von Marianne Kühn (geb. 1926).

Wenn sich fremdenfeindliche Übergriffe auf Flüchtlinge und MigrantInnen häufen oder ein von Neonazis geplanter Anschlag auf eine jüdische Einrichtung in letzter Minute verhindert werden kann, dann kommt Rechtsextremismus als Thema auch auf die Titelseiten und in Spitzenmeldungen. Doch zum alltäglichen Geschäft der Medien gehört die Berichterstattung über Rechtsaußen nicht. Umso wichtiger, dass mit dem „Blick nach Rechts“ (BnR) seit gut zwanzig Jahren ein Informationsdienst existiert, der kontinuierlich die rechte Szene von den Republikanern bis zur NPD, von einzelnen „Kameradschaften“ bis zu europaweiten Nazi-Netzwerken beobachtet.

„Unsere Demokratie hält eine Menge aus, doch den Aktivitäten des rechtsextremen Spektrums muss entschieden etwas entgegengesetzt werden“, sagt Klaus-Henning Rosen, früher Büroleiter bei Willy Brandt und 1984 einer der Initiatoren, den „Blick nach Rechts“ in SPD-Regie zu übernehmen. Die Ursprünge des Mediums lagen einige Jahre früher in München: Kurt Hirsch, einst Mitglied der österreichischen KP und in den sechziger Jahren engagiert

Rechte Szene fest im Visier

Seit über 20 Jahren erscheint der „Blick nach Rechts“



Foto: transit

Rechte Gefahr wahrnehmen

gegen die erstarkende NPD, brachte den Informationsdienst zunächst monatlich, später 14-täglich heraus. Er verstand es, renommierte AutorInnen – etwa Walter Jens, Ingeborg Drewitz, Bernd Engelmann, Günter Wallraff und andere – für die Mitarbeit zu gewinnen. Doch bereits 1982 stand der Dienst wegen finanzieller Schwierigkeiten vor dem Aus. Damals setzte sich Rosen für die Übernahme des Titels durch die SPD ein. „Der damalige Bundesgeschäftsführer Peter Glotz, Herta Däubler-Gmelin, Erhart Eppler und andere haben dieses Projekt unterstützt“, so Rosen. Wenig später kam heraus, dass BnR-Gründer Kurt Hirsch, der zunächst noch zu den Mitarbeitern zählte, jahrelang Agent für die DDR gewesen war. Die Zusammenarbeit mit dem BnR war damit beendet.

Auf Konzeption und Themenschwerpunkte des „Blick nach Rechts“ hatte diese Personalie aus der Frühzeit des Informationsdienstes keine Auswirkungen. „Uns geht es darum, die rechte Szene scharf zu beobachten, und genau das tun wir seit den Anfängen des BnR“, sagt Gabriele Nandlinger, verantwortliche Redakteurin seit 1993. Kontinuierlich werden Personen, Parteien und Aktionen im Umfeld der rechten Szene beschrieben und analysiert.

In der ersten Ausgabe dieses Jahres waren unter anderem Berichte über eine geplante „Gedenkaktion“ von Magdeburger Neonazis zum sechzigsten Jahrestag der Stadtzerstörung durch alliierte Bomber sowie über den niedersächsischen NPD-Vizevorsitzenden zu finden. „Dank eines breiten Netzwerkes erhält der BnR ausgezeichnete Informationen, auf die sogar der Verfassungsschutz zurückgreift“, so Klaus-Henning Rosen, von Anfang auch Autor für BnR. Daneben befasst sich das Medium mit demokratischen Initiativen, die sich gegen Rechtsaußen engagieren, sowie mit der NS-Vergangenheit.

Seit knapp einem Jahr erscheint der Informationsdienst ausschließlich als Online-Ausgabe. Mit der Einstellung der Printversion konnte der Abopreis erheblich gesenkt werden: von vorher 75 auf 9,80 Euro jährlich für 25-mal „Blick nach Rechts“.

„Außerdem“, so Gabriele Nandlinger, „sind wir seit der Umstellung aktueller in der Berichterstattung geworden, verbreiten einen Newsletter und registrieren generell eine stärkere Wahrnehmung und Verbreitung.“

Zeitgleich mit der technischen

Nur noch online,
aber aktueller

Veränderung erhielt der „Blick nach Rechts“ zudem eine neue Schirmherrin: die stellvertretende SPD-Vorsitzende und parlamentarische Staatssekretärin im Bundesinnenministerium Ute Vogt. Sie schreibt auf dem BnR-Portal: „Wer den Blick nach rechts regelmäßig liest, erkennt die aktuellen Gefahren von Rechtsaußen und kann sachkundig argumentieren.“ Alles Weitere ist unter www.bnr.de zu finden.

Gudrun Giese

EINLADUNG

Offene Tür für junge Leute bei ver.di

Alle Auszubildenden und jugendlichen Beschäftigten in Berufen des Fachbereiches Medizin, Kunst und Industrie sind herzlich zu einer Informationsveranstaltung eingeladen:

am Mittwoch, dem **9. März**, ab **18.00 Uhr** im neuen ver.di-Haus Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin, Konferenzraum 6. Etage. Nach einer Einführung zur Tätigkeit der ver.di-Jugend und zu den aktuellen Aufgaben von Gewerkschaften können Fragen gestellt, Rat eingeholt und Gespräche geführt werden. Der stellv. ver.di-Landesbezirksleiter Andreas Köhn und Mitarbeiter der Abteilung Jugend stehen Rede und Antwort. Für einen Imbiss ist gesorgt. Auch Nichtmitglieder sind herzlich willkommen!

ANZEIGE

AOK - Die Gesundheitskasse für das Land Brandenburg

Gesundheit und Gesundheitspolitik im Land Brandenburg

Sie recherchieren, brauchen Informationen, Zahlen, Daten, Hintergründe?

Rufen Sie uns an!

Pressestelle der AOK für das Land Brandenburg
Potsdamer Straße 20, 14513 Teltow
Pressesprecher Jörg Trinogga

Telefon: 03328 45-1513
Telefax: 03328 45-1514

E-Mail: joerg.trinogga@brb.aok.de
Internet: <http://www.aok.de>

AOK
Die Gesundheitskasse

Fotos: Bauer



Eberhard Wittig demonstriert den Einsatz von Gestern



Renate Pick alias Milva

Kunst trifft Kommerz

Schwedter Mimen als Sparringpartner für Business-Manager

Bühnen in Brandenburg haben es schwer: Sinkende Einwohnerzahlen und wachsende Sparneigung können das Theatermachen zum Drahtseilakt werden lassen. Dabei sieht es bei den Uckermärkischen Bühnen Schwedt noch gar nicht so schlimm aus. Seitdem das abs, wie es von Insidern zärtlich genannt wird, 1990 aus der Fusion des Schwedter Theaters mit der Stadthalle entstanden war, hat man sich einiges einfallen lassen. Intendant Reinhard Simon: „Das abs ist wirtschaftlich recht erfolgreich, weil wir uns immer wieder neue Geschäftsfelder erschlossen haben.“ Man sei in der Lage, 15 bis 16 Prozent der Gesamtkosten selbst zu erwirtschaften. Das ist nicht wenig. Sabine Schöneburg, zuständige ver.di-Fachsekretärin, bestätigt: „Simon hat mit seinem Modell Erfolg, das Theater steht insgesamt recht gut da, sowohl kulturell als auch wirtschaftlich.“

Säle und Foyers werden für Tagungen, Seminare, Ausstellungen, Messen, Feiern oder Bälle vermietet – inklusive Catering-Service und Unterhaltungsprogramm. Das BusinessTheater, das Firmen in Schwedt buchen können, kommt als spezielles Angebot hinzu. Schöneburg kann mit den neuen Konzepten leben: „Konferenzen, Ta-

gungen und Seminare anzubieten, ist okay, wenn es Hand in Hand mit den eigentlichen Zwecken des Theaters geht.“

Beim BusinessTheater scheint dies zu gelingen. Mit den Mitteln des Theaters sollen die Teilnehmer dort lernen, wie ihr persönlicher Auftritt zum Ereignis wird. Geistiger Vater des BusinessTheaters ist Eberhard Wittig, der als Rhetoriktrainer schon Schauspielern des abs Sprechunterricht

Der Rolle gemäß bewegen

gab. Zusammen mit Mimen des Theaters bietet er mit seiner Crew Kleingruppentrainings für Führungskräfte an.

„Wir gehen von der Annahme aus, dass jeder – privat und beruflich – bestimmte Rollen spielt“, sagt Wittig, „und je besser er mit den Rollen klar kommt, je besser er sich damit identifizieren kann und je besser die anderen verstehen, was er will, desto besser läuft die Vorstellung.“ Also üben die Manager, sich in verschiedenen Situationen erfolgreich, das heißt: ihrer Rolle angemessen, zu bewegen, zu sprechen und zu gestikulieren.

Geprobt wird nicht im gewaltigen Betonbau des Theaters, sondern im kuscheligen Berlischky-Pavillon. In der barocken ehemaligen Hugenottenkirche ist ein Rundkurs aufgebaut. Stationen können etwa sein: Sprechtraining, Einsatz der Körpersprache, Bewegung in der Öffentlichkeit und der Umgang mit den Medien bei Pressekonferenzen. Ebenso kann geübt werden, wie man sich bei Geschäftsreisen und -essen verhält oder Bilanzen präsentiert.

Die Schauspieler Renate Pick und Wolfram Scheller zeigen unterschiedliche Verhandlungstaktiken. Die Ausgangssituation ist immer gleich: Die Hausfrau entdeckt einen Wasserschaden und bestellt entsetzt den Klempnernotdienst. Nachdem das Unheil beseitigt ist, wird um den Preis der Dienstleistung gefeilscht. Und da dürfen ganz schön die Fetzen fliegen. Später können die Teilnehmer an Situationen aus dem eigenen Lebensbereich trainieren, wie schwierige Verhandlungssituationen zu lösen sind. Die Schauspieler dienen dabei als Sparringpartner. Sie benehmen sich mal entgegenkommend, mal störrisch, mal cholerisch – genauso wie unsere Mitmenschen im „richtigen“ Leben. „Bei den Übungen nutzen die Kursteilneh-

mer das gleiche Handwerk wie Schauspieler in ihrer Arbeit“, erklärt Wittig. Deshalb seien die Mimen ideale Übungspartner. Während Schauspieler das Publikum durch ihre Bühnendarstellung überzeugen wollen, müssen sich Führungskräfte in der Arbeitswelt behaupten. Bei den Übungen sei es wichtig, dass die Manager mit ihrer ganzen Persönlichkeit hinter den Veränderungen stehen. Sie sollen in ihrer Rolle aufgehen und ihren eigenen Stil entwickeln.

Renate Pick zeigt, wie es geht. Von kleiner Statur und ziemlich „normalem“ Äußeren, vermutet man in ihr kaum eine international bekannte Diva mit den dazugehörigen Allüren. Sie erhält jedoch die Aufgabe, sich in die italienische Sängerin Milva zu verwandeln. Und tatsächlich singt sie im schwarzen Samtkleid überzeugend ein Lied der rothaarigen Künstlerin. Die Kopfhaltung, die schmale Handstellung, ein leicht überheblicher Gesichtsausdruck und ein wiegender Gang ließen neben Kleidung und Perücke die Vorstellung glaubhaft wirken.

Natürlich geht es für die Teilnehmer nicht darum, an ihrem Arbeitsplatz Stars zu kopieren. Aber auch für sie ist es aufschlussreich, in geschützter Atmosphäre risikolos neue Rollen auszuprobieren und an alten zu feilen.

Marktlücke oder Einweg-Angebot?

„Wir haben kein festes Programm, sondern stellen es individuell zusammen“, sagt Wittig. Es wird also ein Wunschpaket geschnürt, das etwa die Module „Auftritt in der Öffentlichkeit“, „Reden vor den eigenen Leuten“ und „Konversation bei Geschäftsessen“ enthalten kann.

Das BusinessTheater gibt es seit etwa zwei Jahren. Rund 20 Unternehmen haben dort bereits einige Stunden oder mehrere Tage gebucht. Kunden waren unter anderem die August Storck und die Strato AG, die Messe Berlin oder die Petrolchemische Raffinerie Schwedt GmbH (PCK). Tut sich hier eine Marktlücke für Theatermacher und Schauspieler auf, die sich so ein Zubrot verdienen können? Oder wird es bei einem kurzfristigen Zusammentreffen von Kunst und Kommerz bleiben? **Ute C. Bauer**

Die im Dunkeln sieht man nicht ...

CinemaxX-Beschäftigte kämpfen auf der Berlinale gegen Armutslöhne

Für viele Filmschaffende ist die Berlinale das Ereignis des Jahres. Genau der richtige Anlass für die Kolleginnen und Kollegen bei CinemaxX, auf ihre schwierigen Arbeitsbedingungen aufmerksam zu machen! Bei der Berlinale-Auftaktpressekonferenz sollten Transparente und Ennio Morricone

„Lied vom Tod“ Filmjournalisten dazu bringen, auch mal an die zu denken, die den Kinobesuch erst möglich und angenehm machen. Beim FilmUnionDay, initiiert von ver.di und connexx.av, zog am 15. Februar ein Protestmarsch vom Berlinale-Palast an den Festspielkinos vorbei zum Sony Cen-

ter, lautstark begleitet von einer Sambagruppe. Auf der Arbeitstagung wurden dann die Arbeitsbedingungen der Filmschaffenden und Kinobeschäftigten beleuchtet.

Die CinemaxX-GmbH hatte Ende 2003 den Tarifvertrag gekündigt, den Arbeitgeberverband ver-

lassen und kurz darauf die Löhne für Neueingestellte gesenkt. Vollzeitkräfte erhalten seitdem 1098 Euro brutto im Monat. Damit liegen die Gehälter 25 Prozent unter dem, was Wirtschaftsexperten Armutslöhne nennen. Gleichzeitig wurde die Mindestarbeitszeit auf drei Stunden pro Schicht gesenkt. Wenn es nach dem Willen der Geschäftsleitung von CinemaxX geht, sollen die Verschlechterungen bald auch diejenigen Beschäftigten treffen, für die bisher noch die alten Tarifverträge nachwirken. Alle Versuche der Arbeitnehmerseite, eine neue akzeptable Vereinbarung zu treffen, scheiterten bisher an der Blockade des Kinobetreibers.

ver.di fordert gleiche Tariflöhne und Arbeitsbedingungen für alle CinemaxX-Beschäftigten.

Immerhin: Berlinale-Leiter Dieter Kosslick erklärte sich bei der Pressekonferenz mit den Kinobeschäftigten solidarisch und bot seine Unterstützung im Tarifkonflikt an: „Es ist an der Zeit, dass sich alle an einen Tisch setzen“, sagte Kosslick, denn „ohne Filmvorführer läuft kein Film.“

Ute C. Bauer



Foto: transit/v. Polentz

Im Vorprogramm zum Berlinale-Auftakt: Infos für Journalisten zu Armutslöhnen

11833 – Rausschmiss unter dieser Nummer

Abwicklung des Callcenters MCV mit typischen Problemen von Subunternehmen

Wer in den letzten Monaten eine Telefonauskunft benötigte und deshalb 11833 gewählt hat, ist von Mitarbeitern des Multi-Com Service (MCV) in Spandau bedient worden. Das Callcenter mit seinen 500 Beschäftigten war seit dem Jahr 2000 für die Telefonauskunft der Telekom AG zuständig. Doch bis Mai wird sich die Telekom aus der Kooperation zurück gezogen haben.

Die noch vorhandenen 300 Arbeitsplätze stehen zur Disposition. Der Betriebsrat des Unternehmens bestätigte, dass das Callcenter Ende Mai schließen und deshalb alle Arbeitsplätze verloren gehen werden. Hoffnungen auf Hilfe von der politischen Ebene sind gering. Die Bezirksverordnete der PDS Spandau, Anne-Li-

selotte Düren, die sich für den Erhalt der Arbeitsplätze einsetzte, bekam nach Presseberichten vom Spandauer Bezirksamt eine Abfuhr. „An sich sollte es bei einem seit Jahren professionell arbeitenden Unternehmen Möglichkeiten geben, eine Zukunft zu schaffen. Akut bleibt nur die Hoffnung auf einen für die Mitarbeiter akzeptablen Sozialplan,“ meint Jörg Kiekhäfer, der bei ver.di Potsdam-Nordwestbrandenburg für Telekommunikation und Informationstechnologien zuständig ist.

Nicht wenige MCV-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind skeptisch. Einige haben eine Initiative gegründet, um ihre Rechte besser durchsetzen zu können. Dabei stoßen sie auf die bekann-

ten Schwierigkeiten. „Die erste Frage lautet: Wer ist unser Chef? Die Telekom AG ist rechtlich nicht verantwortlich. Das Subunternehmen MCV kann wohl kaum in

Wer ist denn überhaupt zuständig?

die Verantwortung gezwungen werden. Die Räume sind gemietet, von den Arbeitsmitteln gehört der Firma kaum etwas von Wert“, meinte Kai Schuster von der Mitarbeiterinitiative.

Bleibt schließlich der Gesellschafter Gerald Brandt, der in Frankfurt/Main als Wirtschaftsanwalt arbeitet. Kiekhäfer kann sich eine Demonstration vor dessen

Anwaltspraxis durchaus vorstellen, um die Zukunft der übrig gebliebenen MCV-Belegschaft zu sichern. Die Aktivisten der Initiative sind dazu bereit. Doch sie wissen auch, dass viele ihrer Kolleginnen Kollegen den Kampf schon für verloren geben.

Schließlich wurden schon vor Wochen aus dem Callcenter Gegenstände von Wert abtransportiert. Dazu zählen auch zehn Gemälde eines zeitgenössischen Künstlerpaars, deren Wert über 100.000 Euro geschätzt wird. Das muss vielen von Entlassung bedrohten Mitarbeitern wie Hohn erscheinen. „Eigentlich müssten die Bilder verkauft werden und der Erlös in den Sozialplan fließen“, bringt es Kai Schuster auf den Punkt. **Peter Nowak**

Alle ver.di-Angelegenheiten betreffen auch Frauen. Deshalb gibt es kein „frauenspezifisches Ressort“, wohl aber eigene Gremien. Denn Frauen sind nicht einfach nur „mit gemeint“. Weil Geschlechterdemokratie keine Worthülse sein soll, zieht sich Frauenarbeit durch alle haupt- und ehrenamtlichen gewerkschaftlichen Bereiche und alle Ebenen.

Unterschiedliche Arbeitsstile und Sichtweisen kamen mit der Vereinigung zu ver.di auch in der Frauenarbeit zusammen. Gewerkschaftssekretärin Heidemarie Gerstle sieht diese Vielfalt und Tradition als Bereicherung. Immerhin sitzt sie – zuständig für die „Landesfrauen“ – im Landesbezirk Berlin-Brandenburg an einer Schnittstelle. Sie leitet Vorschläge aus dem Land an die „Bundesfrauen“ weiter und vermittelt umgekehrt „nach unten“. Alle vier bis sechs Wochen trifft sie sich mit dem Landesbezirksfrauenrat, in den die 13 ver.di-Säulen – die Fachbereiche – je zwei bis drei Vertreterinnen aus verschiedenen Unternehmen und Bereichen entsandt haben. Die „spezielle Schiene“ mit Frauengremien zu fahren, sei wichtig. Nach wie vor gäbe es die Neigung, Frauenarbeit nicht

wirklich ernst zu nehmen. „Männer entwickeln eine andere Wahrnehmung von Problemen als Frauen. Manchmal liegen Welten dazwischen.“

Gerstle nennt die Analyse von Gesetzesvorlagen, Prozessen und Entscheidungen in ihren Auswirkungen auf Frauen oder den Einfluss auf Tarifverträge. „Darin werden beispielsweise Schulungen für die Karriereplanung festgeschrieben“, erklärt sie. „Werden die dezentral angeboten, können Frauen teilnehmen, weil sie das in ihrer familiären Situation schaffen. Zentrale Weiterbildungsveranstaltungen zu besuchen, gelingt dagegen fast nur Männern. Solche Themen greifen wir uns heraus.“ Auch bei

Noch große Defizite im Frauenbild

Hartz IV dominiere männliche Sicht. Von den Folgen der Anrechnung des Partnerschaftsgeldes seien überwiegend Frauen betroffen. Aber wer hat das gesehen? Wer bringt in allgemein steigender Arbeitslosigkeit den wunden Punkt der höchst prekären Beschäftigungsverhältnisse von Frauen zur Sprache? „Wir müssen immer wie-

Frau im F



Fotos: transit/v. Polentz

der unsere Interessen formulieren und konkrete Vorschläge einbringen.“ Das ist bei den neuen Antidiskriminierungsrichtlinien gesche-

hen. Tarifverträge – vor allem im Handel und öffentlichen Dienst – müssen diskriminierungsfrei gestaltet sein. Auch das in Weiter-

„Aus der Fleaute herauskommen“

Marianne Dallmer, (59), ehrenamtliche Frauensprecherin des Fachbereichs 8 im Landesbezirksvorstand, über die Notwendigkeit, dass Frauen sich wieder aktivieren.



Kollegin Dallmer, stimmt der Eindrucks, dass es um die Frauenarbeit derzeit zu ruhig bestellt ist?

Marianne Dallmer: Ja, sie war schon mal lebendiger. Ich erinnere mich an die 80er Jahre, in denen ich Betriebsrätin im Spandauer Volksblatt war und wir große Kampagnen für die 35-Stunden-Woche gemacht haben. Durch die Umstellung auf elektronische Texterfassung sind Kolleginnen in diese neuen Berufe gekommen. Wir diskutierten über das Verhältnis von Arbeits- und Lebensarbeitszeit. Weniger Arbeitszeit für alle forderten vor allem die Frauen. Äußerliche Ruhe heute heißt aber nicht, dass unsere Mitglieder kein Interesse mehr haben. Ich glaube sogar, viele würden sich recht radikal engagieren. Nur haben gerade Frauen mit der Veränderung des Arbeitsmarktes, dem gesellschaftlichen Wandel, besonders zu kämpfen

und stecken ihre Kraft in den täglichen Existenzkampf. Sie müssen sich auf das Allerwichtigste konzentrieren, dabei stehen gesellschaftliches Engagement und erst recht die reine Frauenarbeit nicht an vorderster Stelle. Darunter leiden nicht nur die Gewerkschaften.

Ist es für Frauen in den Gewerkschaften schwerer geworden?

Dallmer: Nein leichter, denn immerhin sind Quoten durchgesetzt, Strukturen für Frauen geschaffen – etwas, wofür wir im Westen lange gekämpft haben und worauf Ost-Kolleginnen anfangs mit Verwunderung reagiert haben. Frauen sind in allen Gremien entsprechend ihrem Anteil an der Mitgliedschaft vertreten und haben eigene. Ich bin auch dafür, solche Gremien beizubehalten, denn wir haben eine andere Art zu kommunizieren. Nach wie vor ist es wichtig, alle ge-

werkschaftlichen Forderungen an ihre unterschiedlichen Konsequenzen für Männer und Frauen sowie für Minderheiten abzuklopfen, kurz sie zu „gendern“.

Um welche Probleme geht es?

Dallmer: Immer wieder – das haben wir bereits in der IG Medien und zuvor in der IG Druck und Papier begonnen – müssen wir uns mit Tarifverträgen beschäftigen. Nach wie vor werden Frauenberufe geringer bewertet. Nicht nur, da Frauen die schlechter bezahlten Jobs haben – in einigen Bereichen ist das ganz extrem. Sie werden auch in gleichen Jobs bei vergleichbaren Aufgabenfeldern und bester Qualifikation oft geringer eingestuft. Auch die wenig bezahlten Minijobs sind überwiegend weiblich besetzt. Wie aktuelle Untersuchungen belegen, ist der weit geringere Verdienst von Frauen ein gesamteuropäisches Problem.

FOCUS

ken knüpft ein nächstes, in Potsdam angesiedeltes Projekt an, in dem die Darstellung von Frauen in den Medien untersucht werden soll. Hier gibt es nach wie vor große Defizite.

Auch das ein Thema für ver.di: die Beschäftigung mit der von der EU vorgeschlagenen liberalisierten Dienstleistungsrichtlinie, wonach Dienstleistungen entsprechend den Bedingungen des jeweiligen Herkunftslandes erfolgen sollen. Bei Rechtsansprüchen aus 25 verschiedenen EU-Ländern sei ein „mittleres Chaos“ und Arbeitsplatzabbau zu befürchten.

Frauenarbeit ist eine klassische Querschnittsaufgabe und wird es noch für lange Zeit bleiben, ist Gerstle überzeugt. Auch in der Gewerkschaft selbst gibt es Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte, für Berlin-Brandenburg ist das Evelin Strötzel vom Fachbereich 6. „Frauen in ver.di sind keine Berufsemanzen“, beugt sie einem Klischee vor. „Eine Gleichstellungsbeauftragte und ihre Stellvertreterin können nicht allein die ver.di-Frauenwelt verbessern. Wir sollten Netzwerke bilden, viele Frauen in Arbeitsgruppen oder Gleichstellungskreise einbeziehen.“ Schließlich soll die Gewerkschaft mit positivem Image nach außen wirken. **B.E.**

ungsunterlagen übermittelte Frauenbild in Sprache, Fotos und Beielgeschichten wird immer wieder überprüft. An diesen Gedan-

Was sollte aktiviert werden?

Dallmer: Will man ernsthaft die genannten Probleme anpacken, kommt es darauf an, die Frauen aus den Betrieben stärker einzuziehen. Wir brauchen vor allem Nachwuchs, jüngere Kolleginnen. Immer wieder wurden Vertreterinnen aus den Fachgruppen zum Frauenrat eingeladen – dieses Forum für ihre ureigenen Interessen muss besser genutzt werden. Wir starten jetzt den Versuch, den Frauenstammtisch des Fachbereichs wiederzubeleben. Dort soll nette Kontakte, hilfreiche Gespräche, Projektideen und vielfältige Informationen geben. Er lief eine Weile gut, daran soll angeknüpft werden, und ich gehe davon aus, dass uns das gelingt. Da ich weiß, dass verschiedene Betriebsrätinnen eine Unterstützung ihrer Arbeit gut finden, hoffe ich, dass das Thema Arbeitszeit sie zum Kommen bewegt. Ich selbst habe bei der Zeitknappheit mit einem full-time-Job in einer Stiftung immer noch Lust auf Frauenarbeit.

Gespräch: Bettina Erdmann

WAS GIBT ES?

... an der Spitze mit Margret Mönig-Raane eine stellv. ver.di Vorsitzende und den Bundesfrauenrat mit seiner Vorsitzenden Vera Morgenstern. Höchstes Organ ist die Bundesfrauenkonferenz alle vier Jahre.

... in den Ländern die Landesbezirksfrauenräte mit einer hauptamtlichen Gewerkschaftssekretärin, einer ehrenamtlichen Vorsitzenden und einem gewählten Gremium. Für Berlin-Brandenburg sind das Susanna Brodersen, Vorsitzende, und Heidemarie Gerstle bei ver.di Tel. 030/88 66 51 24. Vertreterinnen im Frauenrat kommen aus allen ver.di Bereichen und verschiedenen Orten.

... im Landesbezirksfrauenrat Arbeitsgruppen zu Schwerpunkten. In Berlin – Brandenburg sind das die AG Arbeitsmarkt, AG Sozialpolitik, AG Lobbyarbeit, AG Öffentlichkeitsarbeit, AG Mentoring, AG Gender Mainstreaming. Eine 2004 gegründete AG Migration hat bei den Problemen der Migrantinnen vor allem auch die Frauen im Blick ...

... in den ver.di-Bezirken – in Berlin-Brandenburg sind das fünf – können Bezirksfrauenräte gewählt werden. Sehr aktiv ist hier Potsdam.

... in den Fachgruppen ehrenamtliche Sprecherinnen, die dem Landesbezirksvorstand zugeordnet sind. Für den Fachbereich 8 ist das Marianne Dallmer.

... Gruppen- und Projektarbeit quer durch alle Berufe und Branchen, so mit und für Arbeiterinnen, Beamtinnen, Seniorinnen, bei der Jugend, den Schwerbehinderten, Lesben oder Erwerbslosen.

... vor Ort Treffpunkte:

– in Berlin beispielsweise der ver.di-Frauen-Stammtisch des Fachbereichs 8 alle zwei Monate,

– in Cottbus regelmäßige Frauentreffs

– und zum Internationalen Frauentag einen thematischen „Tag der offenen Tür“ in der ver.di Geschäftsstelle.

Stammtisch mit Substanz

Wenn ver.di zum Frauen-Stammtisch oder -treff einlädt, geht es immer auch um Substantielles. Die Cottbuser Frauen haben mit ihrem „Tag der offenen Tür“ in der ver.di Geschäftsstelle einen „Markt der Möglichkeiten“ geschaffen, der „super ankommt“, wie Gewerkschaftssekretärin Helga Busse sagt. „Bis zu 200 Frauen kommen, weil immer auch ein interessantes Thema im Mittelpunkt steht. Wir freuen uns über diesen Zuspruch – und dass wir ihn bislang aufrecht erhalten konnten.“

In Berlin muss das Feuer erst wieder entzündet werden. Am 14. Februar wurde in der Medien Galerie in der Dudenstraße eine Wiederbelebungsaktion gestartet. Frauen aus dem breiten Berufsspektrum des Fachbereichs 8 waren zum Gedankenaustausch zum Thema Tarife eingeladen.

Künftig soll alle zwei Monate der Frauenstammtisch im Restaurant „Casalot“ (siehe Terminseite 15)

wieder tagen. „Mit der Neustrukturierung von ver.di sind diese Zusammenkünfte irgendwie eingeschlafen“, bedauert Gewerkschaftssekretärin Sabine Schöneburg, im Fachbereich 8 für Frauenarbeit zuständig. „Dabei können wir auf eine wunderbare Tradition zurückgreifen.“ Sie erinnert sich an gut besuchte Diskussionsveranstaltungen zu Erfahrungen der Ost-Kolleginnen nach der Wende, zu den Umbrüchen, zur Umstrukturierung von Arbeitsplätzen, zum Mobbing. Auch ein Rundfunk-Feature über Frauen mit Kindern nahm seinen Anfang am Frauenstammtisch. „Solche Treffs müssen wieder feste Position im Terminkalender werden“, wünscht sich Schöneburg.

Vieles brennt auf den Nägeln. Sie nennt als ein Beispiel die Ein-Jahres-Arbeitsverträge für Bühnen-Künstlerinnen, die ihnen jegliche Chance nehmen, Mutterpflichten mit dem Job zu vereinbaren. Mutterschaftsurlaub ist nicht vorgese-

hen, bei Schwangerschaft wird der Vertrag nicht verlängert. Fallen sie, weil längere Zeit ohne Engagement, unter das Arbeitslosengeld II, werden sie von den Künstleragenturen nicht mehr vermittelt. Letzteres betrifft natürlich auch Männer. „All das ist Diskriminierung. Darüber müssen wir reden, dazu Öffentlichkeit schaffen.“

Das Feuer muss wieder entzündet werden

Ein großes Problem sei für Frauen auch, sich auf dem Arbeitsmarkt zu verkaufen. Wirkungsvolle Strategien, die nicht bloß stellen, sind gefragt. „Hier können wir uns gegenseitig Erfahrungen vermitteln.“ Die Gewerkschaftssekretärin möchte „Hallo“ rufen, „kommt, tut was für euch selbst!“ Der Stammtisch dürfte dabei unter die angenehm anregenden Anlässe fallen. **B.E.**



FACHGRUPPE

JOURNALISMUS

Der DJV hat auf seinem Verbandstag zwei neue Landesverbände für Berlin und Brandenburg aufgenommen. Doch Ruhe kehrt beim Deutschen Journalistenverband (DJV) auch mit dieser Entscheidung nicht ein: Die tiefen Gräben im Verband sind noch immer nicht zugeschüttet. Auf dem Verbandstag am 8. November 2004 in Hannover wurden der Verein Berliner Journalisten und der Brandenburger Journalisten-Verband als neue Mitglieder aufgenommen.

Damit hat der DJV in beiden Bundesländern je zwei Landesgliederungen. Der Ausschluss der Alt-Landesverbände ist bisher juristisch gescheitert. Diese hatten wiederum per Einstweiliger Verfügung versucht, die Aufnahme der neuen Landesverbände zu stoppen, wurden aber vor Gericht abgewiesen. Und der Streit geht weiter: Die unterlegenen Parteien haben angekündigt, die jeweils nächste juristische Instanz anzurufen.

Und auch die beiden neuen Landesverbände scheinen nicht nur für Sonnenschein zu sorgen:

DJV: Keine Ruhe

Staatsanwalt und Gerichte sollen schlichten



Foto: transit/v. Polentz

Im neuen Berliner Domizil: G. Kothy, M. Konken, M. Rediske

Anfang Februar wurde bekannt, dass der Verein Berliner Journalisten und der Brandenburger Journalistenverband zusammen 330.000 Euro „Anschubfinanzierung“ benötigen. Per Pressemitteilung wies Gerhard Kothy, Vorsitzender des Vereins Berliner Journalisten, Behauptungen zu-

rück, hierbei handele es sich um einen Fehlbetrag in den Kassen des neuen Vereins. Die Finanzierung durch ein Darlehen sei vielmehr bereits im November vom DJV-Verbandstag grundsätzlich beschlossen, anschließend umfassend geprüft und dann vom DJV-Gesamtvorstand mit großer

Mehrheit verabschiedet worden. „Wer hier von drohender Zahlungsunfähigkeit redet, verdreht die Tatsachen und will dem DJV schaden“, betonte Kothy. Angesichts der Mitgliederstruktur, die Berliner Journalisten haben bisher gut 500, der Brandenburger Journalistenverband hat rund 300 Mitstreiter, doch ein stolzer Betrag: Pro Mitglied handelt es sich um mehr als 400 Euro.

Auch bei den Alt-Landesverbänden scheinen die Finanzen das vorherrschende Thema zu sein. Nach dem diesjährigen Presseball verkündete der DJV-Landesverband Berlin stolz: „Eine erste Bilanz ergibt eine Summe von rund 40.000 Euro, die den Zwecken des DJV-Sozialfonds zugute kommen wird.“ Burkhard Schröder, DJV-Mitglied, kommentierte diese Meldung auf seiner Internetseite: „Die Kolleginnen und Kollegen warten gespannt auf die zweite Bilanz, zumal es bis jetzt auch für die letzten Pressebälle keine nachvollziehbaren Zahlen gibt, sondern nur – wie gewohnt – kühne Thesen.“

Mit den Finanzen des Brandenburger Alt-Verbandes beschäftigt sich die Staatsanwaltschaft. Ein Ermittlungsverfahren wegen Betruges und Untreue ist nach einer Anzeige eingeleitet worden. Der DJV-Bundesverband wollte sich zum Sachverhalt nicht äußern. **sil**

Runder Tisch soll endlich Klarheit schaffen

Die Zusammenlegung von SFB und ORB zum neuen RBB ist finanziell und personell eine diffizile Sache. Reale Sparerfordernisse und unpopuläre Entscheidungen trugen in den letzten Monaten dazu bei, den Unmut unter den freien Mitarbeitern, die um ihre Existenz fürchten, zu schüren. Auch die Situation der Festangestellten ist nicht klar definiert, ein neuer Tarifvertrag konnte bislang nicht abgeschlossen werden. Mitte 2004 erhielt Jürgen Schäfer, freier Nachrichtenredakteur bei Radio eins, Sprecher der Freienvereinigung rbbpro und ver.di-Verhandlungsführer für die freien Mitarbeiter, die Auskunft, dass seine Mitarbeit ab 2005 aufgrund struktureller Änderungen in der Nachrichtenproduktion nicht mehr möglich sei. Viele sahen darin jedoch die Quittung für Schäfers Engagement. Anfang Dezember

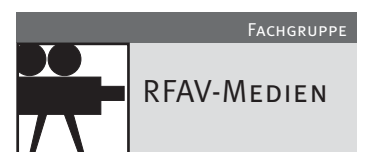
2004 wurde bekanntgegeben, dass der langjährige freie Abendschau-Moderator Jan Lerch nicht mehr beschäftigt werden soll. Begründet wurde die Nichtverlängerung von Lerchs Vertrag mit „illoyalem Verhalten dem Sender gegenüber“. Besonders die bei rbbpro zusammengeschlossenen freien Mitarbeiter waren entsetzt. Aber auch der Redakteursausschuss, in dem Lerch die Freien vertrat, und der Personalrat waren brüskiert. Mitte Dezember gab sogar der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske auf einer Vollversammlung vor mehr als 500 Anwesenden seinem Unbehagen Ausdruck: Er bemängelte „den Eingriff in die demokratischen Rechte“ und bot sich als Vermittler an.

Der Rundfunkrat als gesellschaftliche Kontrollinstanz des öffentlich-rechtlichen Rundfunks

stärkte jedoch die Position der Intendanz. Auf einer Sitzung kurz vor Weihnachten durften die Freien nicht sprechen, der Sparkurs wurde abgesegnet. Allerdings wurden die Intendantin Dagmar Reim und ihre Direktoren ermahnt, sich mehr um die interne Kommunikation im Sender zu kümmern.

Seit dem 17. Dezember gibt es deshalb den regelmäßigen „Dialog im RBB“. Von der Mitarbeiterseite sind jeweils ein Abgeordneter der Freienvertretung, des Redakteursausschusses, des Personalrats und der Gewerkschaften dabei.

Obwohl damit nach langer Zeit eine Schlüsselforderung der freien Mitarbeiter erfüllt wurde, herrschten durchaus unterschiedliche Vorstellungen, worüber dort eigentlich gesprochen werden sollte. Zunächst hieß es, dass Per-



FACHGRUPPE

RFAV-MEDIEN

sonalfragen ganz außen vor bleiben sollten. Dafür gebe es kein Mandat, so RBB-Justiziar Reinhard Binder. Vielmehr solle es um einen Verhaltenskodex gehen. Um zu verhindern, dass der „Dialog im RBB“ ins Stocken gerät, moderiert ein von beiden Seiten akzeptierter externer Coach die Runde. Inzwischen scheinen sich die Parteien tatsächlich etwas anzunähern, die Gesprächsthemen etwas weiter zu werden. Ob der Runde Tisch jedoch Lösungen für die anstehenden Konflikte bringen kann, und ob davon positive Signale für Lerch und Schäfer ausgehen werden, ist zurzeit völlig offen. **ucb**

Tarifbindung ist keine Frage von Geschmack oder Wohlwollen

Rechtsgutachten erklärt OT-Mitgliedschaften in Arbeitgeberverbänden für unzulässig

Viele sind schon länger auf der Flucht. Auch die Axel Springer AG und die Ullstein AG GmbH erklärten ihren Austritt aus dem Verein der Zeitungsverleger Berlin-Brandenburg e. V. zum 31. März nicht ohne Grund: „Damit will sich Springer der Tarifbindung entziehen, das ist nicht hinnehmbar“ kritisierte Andreas Köhn, stellvertretender ver.di-Landesleiter. Er erwartet die schnellstmögliche Aufnahme von Haustarifverhandlungen, um ab April eine Tarifbindung möglichst auf dem Niveau des Flächentarifvertrages beizubehalten.

Neben dem direkten Austritt bevorzugen immer mehr Arbeitgeber eine andere Variante, die Tarifbindung zu umgehen. So genannte OT-Mitglieder ihrer Arbeitgeberverbände gelten als besonders clever. Sie genießen (fast) alle Rechte und den Schutz des Verbandes. Den lästigen Umstand, als Tarifpartner der Gewerkschaften auch tarifgebunden zu sein, umgehen sie dagegen satzungskonform.

Wie viele Unternehmer in den letzten Jahren diesen Königsweg der Tariffucht nahmen, darüber fehlen bislang exakte Angaben.



Klar ist: Da ohnehin nur noch 50 bis 65 Prozent der Betriebe in ihren Verbänden organisiert sind, steigt mit Hilfe der OT-Option die Zahl derer weiter, die auf Tarife pfeifen. Die Druckereibranche gilt als eine Hochburg solcher Umgehungsversuche. Die Gewerkschaften geraten so in Tarifrunden zunehmend unter Druck. Die Arbeitgeberverbände selbst sehen die Sache durchaus politisch und bewerten die OT-Mitgliedschaften – „richtig und mit dem unternehmerischen Engagement genutzt“ – als „gutes Instrument zur Deregulierung“. Das gilt analog im Einzelhandel, wo der interne Verdrängungswettbewerb und Rabattschlachten durch Lohndumping finanziert werden sollen. Der ver.di-Fachbereich Handel war es denn auch, der 2003 ein juristisches Gutachten in Auftrag gab. Detlef Hensche, früher Vorsitzender der IG Medien, geht darin der Frage nach, ob die „Mitgliedschaft ohne Tarif-

bindung“ wirklich von der Geltung des Tarifvertrages befreit. Nein, ist seine klare Antwort. Er hält eine OT-Mitgliedschaft in Arbeitgeberverbänden für unzulässig, entsprechende Satzungsbestimmungen für unwirksam und OT-Mitglieder für „demnach tarifgebunden“.

Der Jurist begründet dies wesentlich mit dem Tarifvertragsgesetz. Es bestimmt, dass „die Mitglieder“ von Arbeitgeberverbänden – und zwar undifferenziert und quasi automatisch – tarifgebunden sind. Hensche betont, dass OT-Mitgliedschaften die „Verhandlungsparität“ in Tarifrunden stören. Der Arbeitgeberverband könne „mit begrenztem Einsatz spielen“. Selbst im Arbeitskampf bleibe so das Risiko der Unternehmenseite überschaubar. Die OT-Mitgliedschaft gebe den Arbeitgebern außerdem Manipulationsmöglichkeiten. Das Gutachten kommt zu dem Schluss, dass eine Gewerkschaft juristische Möglichkeiten hat, gegen die OT-Mitgliedschaft vorzugehen.

Erste Versuche dazu hat es in Bayern und Nordrhein-Westfalen bereits gegeben. **neh**

REGIONALER DRUCK-TARIFAUSSCHUSS BEREITET AKTIONSPLAN VOR

Vom Ausgang der diesjährigen Tarifrunde in der Druckindustrie, in den Zeitungsverlagen und in der Papierverarbeitung wird sehr viel abhängen. Sie bringt Entscheidungen über den Fortbestand der 35-Stunden-Woche, angedrohte Arbeitszeitverlängerung und vieles andere.

Um die Aktionen in Berlin und Brandenburg zu organisieren und zu koordinieren, ist ein regionaler Tarifausschuss gebildet worden, dem Mitglieder aus den Betrieben der Druckindustrie, der Papier, Pappe und Kunststoffe verarbeitenden Industrie sowie der Verlage angehören, dazu Mitglieder anderer Fachgruppen, weitere Aktive unseres Fachbereichs, sowie die zuständigen ver.di-Sekretäre und Fachbereichsleiter. Der Ausschuss erarbeitet jetzt einen Aktionsplan und informiert kontinuierlich die Belegschaften. Einbezogen sind auch Betriebe ohne Tarifbindung und solche, die nicht mehr dem Arbeitgeberverband angehören.

NEUIGKEIT

Neues Portal für dju-Mitglieder

Die Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in ver.di bietet jetzt interessierten Journalisten in Berlin und Brandenburg eine neue Plattform: Unter den drei Internetadressen www.dju-berlinbb.de, www.dju-berlin.de und www.dju-brandenburg.de finden Medienschaffende aus dem Printbereich und die 400 dju-Mitglieder des Landesbezirks umfangreiche Infos aus ihrer Branche, Tarif- und Honorarvereinbarungen zum Download, Neuigkeiten und Termine.

Vorläufig nicht angetastet

„Kein Grund zur Panik, vorläufig bleibt alles wie es ist“, dieses Resümee zog Veronika Mirschel, zuständig für Freie und Selbstständige bei ver.di, nach der Anhörung zur Zukunft der Künstler-sozialkasse (KSK) der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ des Deutschen Bundestags. Zuvor hatte eine Pressemitteilung der Ausschussvorsitzenden, in der die Frage gestellt wurde, ob die KSK erhalten werden kann, für reichlich Wirbel gesorgt. Die Reaktion von Künstlern und Journalisten hatten die Abgeordneten offenbar nicht erwartet: Per e-Mail ging eine Flut von Protestbriefen ein. Am Tag der An-

hörung wurde von rund 300 Mails gesprochen, zwei Tage später verkündete Spiegel-Online, allein Horst Kubatschka (SPD) habe 2868 Mails bekommen. So viel Resonanz erhalten auch Bundestagsabgeordnete nicht täglich, prompt wurde fleißig zurückgerudert. Plötzlich waren sich alle Parteien einig, dass die KSK nie zur Disposition gestanden habe, bis Ende 2005 werde ein Vorschlag erarbeitet, die finanzielle Zukunft der KSK müsse geklärt werden. Die Zahl der Versicherten hat sich von rund 12.000 im Jahr 1983 auf aktuell knapp 140.000 mehr als verzehnfacht. Der Bundeszuschuss wurde vor



fünf Jahren von 25 auf 20 Prozent zu Lasten der Verwerter abgesenkt. Und ihr Beitrag soll weiter steigen, für die Verlage von 4,3 auf 5,8 Prozent. Heinrich Bleicher-Nagelsmann, Fachgruppenleiter Kunst und Kultur bei ver.di, plädierte in seiner Stellungnahme unter anderem für höhere Honorare. Damit würden auch die Abgaben der Versicherten steigen. Zusätzlich müssten mehr Verwerter erfasst werden. **sil**

Nicht nur reagieren, sondern aktiv gestalten

Klaus Grunow, Personalratsvorsitzender der Stiftung Oper



Die Konstituierung der Stiftung Oper in Berlin, die die drei hauptstädtischen Opernhäuser vereint und über 2000 Mitarbeiter und Auszubildende beschäftigt, stellt an alle Beteiligten hohe Anforderungen. Wie Umstrukturierungsprozesse im Interesse der Beschäftigten mitgestaltet werden können, fragten wir Klaus Grunow, den neugewählten Personalratsvorsitzenden, der zugleich Vorsitzender der ver.di-Fachgruppe Theater und Bühnen ist.

Durch eine Übergangsregelung wurden Anfang 2004 die drei ursprünglichen Personalräte von Deutscher Oper, Staatsoper und Komischer Oper zusammengelgt. Konnte das entstandene Riesengremium etwas erreichen?

K.G.: Erfreulicherweise, ja. Die 31 Personalräte haben sich zusammengerauft, vertrauensvoll und effektiv zusammengearbeitet – nicht zuletzt beim Beteiligungsverfahren zum neuen Stellenplan mit den fünf neu strukturierten Betriebsteilen – Bühnenservice, Ballett und den drei Opernhäusern.

Viel Gestaltungsspielraum hatte auch die Beschäftigtenvertretung nicht?

K.G.: An den Einsparvorgaben von 9,6 Mio. Euro Personalkosten ist nicht zu rütteln. Entsprechend der Senatsvorlage zum Strukturkonzept sollen bis 2009 insgesamt 220 Stellen abgebaut werden. Durch den Wegfall der Tanzcompagnie der Komischen Oper und die Ballettzusammenlegung wurde ein Teil schon realisiert, der zweite Brocken folgt jetzt im Bühnenservice, also in den Werkstätten, der dritte durch vereinzelt Stellenabbau in den Opernhäusern.

Ihr verhandelt jetzt eine Dienstvereinbarung zur Sozialauswahl...



Foto: transitiv. Polentz

Grunow: „Effektiv gearbeitet“

Die Kriterien der Sozialauswahl für noch abzubauen Stellen müssen für die Stiftung als eigenständiger Betrieb neu geregelt werden. Hier soll zugleich die Anwendung der Altersteilzeit vereinbart werden, die Umwandlung von Verträgen in Teilzeitverträge und möglicherweise auch eine Abfindungsregelung.

Anfang Dezember 2004 wurden mit einer Beteiligung von 75 Prozent regulär 15 Mitglieder in einen neuen Personalrat gewählt. Zehn davon gehören ver.di an...

K.G.: ver.di-Mitglieder kommen aus dem künstlerischen Bereich, dem Ballett, der Technik, der Verwaltung und aus dem Chor. Das ist schon beachtlich, wenn man weiß, dass in der Stiftung insgesamt vier Gewerkschaften vertreten sind.

Du wurdest als Vorsitzender gewählt. Wen hast Du an Deiner Seite?

K.G.: Insgesamt, glaube ich, eine sehr gute, sachkundige und schlagkräftige Vertretung. Natürlich verteilen sich die Interessenvertreter auf die einzelnen Betriebsteile. Mein Stellvertreter ist

Gunther Engelmann von der Komischen Oper.

Die laufende Umstrukturierung fordert Euch ständig?

K.G.: Da gibt es genügend Konfliktfelder. Nach wie vor lehnen wir als Personalrat die Gründung selbstständiger GmbH für Ballett und Bühnenservice ab. Das Staatsballett wollen wir weiterhin an ein Haus angebunden sehen, der Bühnenservice könnte als ein Werkstättenverbund unter dem Stiftungsdach geführt werden. Außerdem wollen wir gemeinsam mit ver.di erreichen, dass ein einheitliches Tarifrecht gilt und die Ost-West-Differenzierung fällt. Die Gründung der Stiftung als einheitlicher Kulturbetrieb lässt solche Unterschiede gar nicht mehr zu. In Kürze wird es auch um eine Neuregelung von Arbeitszeiten im Bereich Bühnentechnik gehen, die Theaterleitung der Staatsoper will dazu eine neue Dienstvereinbarung abschließen. Wir müssen uns natürlich auch mit laufenden Umstrukturierungen befassen – sei es die Zusammenlegung der Personalabteilungen oder die Einführung eines neuen, einheitlichen Systems der Lohn- und Gehaltsabrechnung. Wir wollen als Personalrat aber nicht nur reagieren, sondern ergreifen selbst Initiativen...

Eine Art Ausbildungsinitiative, zum Beispiel?

K.G.: Akut geht es um eine Verabredung über die künftigen Ausbildungsangebote der Stiftung, die Anzahl der Lehrstellen und die Struktur der Ausbildung, auch um die Einwerbung von Landeszuschüssen. Wir werden als Personalrat einen Vorschlag dazu vorlegen.

Darüber hinaus möchten wir mit der Stiftungsleitung eine Vereinbarung über eine befristete, leistungsabhängige Übernahme der Ausgelernten abschließen. Das betrifft in allen Bereichen momentan insgesamt 58 Auszubildende.



dju-Honorarübersicht für freie Journalisten

Die Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in ver.di hat die Broschüre „Honorare Text + Foto 2005 für freie Journalisten/innen“ veröffentlicht und zum Download als pdf-Datei bereitgestellt. Die 21-seitige Übersicht enthält und bewertet die „Honorarempfehlung Text“ der Mittelstandsgemeinschaft Journalismus, die Honorarsätze des Tarifvertrages für arbeitnehmerähnliche freie Journalistinnen und Journalisten an Tageszeitungen und die Vorschläge von dju und DJV für gemeinsame Vergütungsregeln für freie Journalisten an Tageszeitungen und an Zeitschriften. Die dju will mit dieser Zusammenstellung ihren Mitgliedern und anderen Journalisten bei der Ermittlung angemessener Honorare helfen, bis gemeinsame Vergütungsregeln mit den Verlegerverbänden vereinbart werden können. Über diese wird mit BDZV und VDZ seit 2003 verhandelt. Weitere Infos unter: www.dju-berlinbb.de

Das vom Kultursenator angestrebte Bündnis für Bühnen wird 2005 sicher auch akut?

K.G.: Das wird ein schwieriges Thema, da das angestrebte Bündnis auf Lohnverzicht hinausläuft. Der ist in der Finanzierung der Stiftung bereits eingeplant. Allerdings gibt es hier gegenwärtig ein Ungleichgewicht insofern, dass die Arbeiter und Angestellten durch den geltenden Berliner Anwendungstarifvertrag bereits mit Lohnverzicht in Höhe von acht, zehn oder zwölf Prozent in Vorleistung gehen. Beim künstlerischen Personal gibt es lediglich eine Nullrunde.

Die ver.di-Tarifkommission in der Stiftung hat deshalb beschlossen, dass weitere tarifliche Regelungen nicht verhandelt werden, solange diese Schieflage fortbesteht.

Das Gespräch führte Helma Nehrlich

Eine Frage der Balance

ver.di-Literaturpreis für Christoph Heins „Landnahme“ verliehen

FACHGRUPPE



LITERATUR

Es war ein stimmungsvoller Abend im Berliner ver.di-Haus in der Köpenicker Straße. Zum ersten Mal wurde am 16. Dezember 2004 der vom Landesbezirk Berlin-Brandenburg gestiftete Literaturpreis vergeben. Eine Jury hatte ihn VS-Mitglied Christoph Hein für seinen Roman „Landnahme“ zugesprochen. In der Begründung hieß es: „Der Autor zeichnet in ‚Landnahme‘ ein mehrstimmiges, zugleich besonderes wie exemplarisches Bild ostdeutscher Geschichte seit dem Ende des zweiten Weltkriegs bis in unsere Tage.“ Sie verwies „auf die nach wie vor enormen Möglichkeiten des realistischen Erzählens: die Chance, historische Prozesse im individuellen Schicksal nachvollziehbar zu machen“.

Der Preis geht zurück auf eine Initiative unseres Fachbereichs Medien Kunst Industrie im Jahr 2002. Damals war darauf verwiesen



Foto: Jonas

Bosetzky gratuliert Hein

worden, dass „Schriftstellerinnen und Schriftsteller unentbehrlich sind für die Balance im geistigen Haushalt eines Landes“, weshalb es die Gewerkschaft als Aufgabe betrachtet, deren Arbeit zu fördern. „Dieser politische Wille muss auch öffentlich bekundet werden“, hieß es. So wurde der Preis beschlossen, den ver.di-Landesbezirkschefin Susanne Stumpfenhusen und der Berliner VS-

Vorsitzende Prof. Dr. Horst Bosetzky überreichten. Hein sagte zweierlei zum Dank: Der Preis sei ihm wichtig, weil er von Kollegen verliehen wurde. Und es gefalle ihm, dass er keinen hochgestochenen Titel trägt.

Für die Jury trug Schriftstellerkollege Michael Wildenhain die Laudatio vor, die analytisch und fundiert über die Darstellung im Roman und darüber hinaus Grundsätzliches zur Aufgabe von Gegenwartsliteratur darlegt. Eine wesentliche Aufgabe von Literatur liege darin, beizutragen „unsere erschreckende Geschichtslosigkeit, das Vergessen unserer Gewordenheit aus gesellschaftlichen Konflikten und Kämpfen... zu überwinden“.

Den Gästen im Saal wurde mehrfacher Kunstgenuss geboten. Hein las das Schlusskapitel seines Romans. Mit seinem Cello ergänzte Sonny Thet.

Der ver.di-Literaturpreis Berlin-Brandenburg soll nun jährlich vergeben werden. Christoph Hein will einen Teil des Preisgeldes dem „Kulturwerk Berliner Schriftsteller e.V.“ stiften. **A. G.**

LESEN AM STAMMTISCH

Am 10. März 2005 (ausnahmsweise der 2. Donnerstag im Monat) wird ab 19.00 Uhr im Terzo Mondo vorgelesen.

Der Berliner Stammtisch des VS wird mehrere Kost- und Arbeitsproben darbieten und auch Texte von anderen Lieblingsdichtern vorstellen. Wir ermuntern die bislang noch nicht am Stammtisch versammelten SchreiberInnen zur Teilnahme, lesend und zuhörend, aber auch kritisierend. Wir erhoffen uns durch diesen Gedankenaustausch unter Kolleginnen und Kollegen eine belebende Bereicherung unseres Stammtisches in bewegenden Zeiten. Die einzelnen Lesebeiträge sollen das Limit von 15 Minuten nicht überschreiten. Nach der ca. einstündigen Lesung soll sich eine halbe Stunde für die Diskussion darüber anschließen. Lesefreudige Interessenten melden sich mit ihrem

Zeitbedarf bei Anke Jonas (Tel.: 030-8866-5403, e-mail: anke.jonas@verdi.de). Das Los entscheidet, falls die Zeit nicht ausreicht. Anschließend wie üblich unser geselliges Beisammensein. Regelmäßige Lesungen folgen ab April wieder jeden ersten Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr. Anmeldungen hierfür sind jeweils bis zum Vormonatsende erbeten.

FAST VERGESSENE SCHRIFTSTELLER – GEORG HERMANN

Donnerstag, 3. März 2005, 19.30 Uhr, Literaturhaus Berlin, Fasanenstr. 23, 10719 Berlin.

In einem vierteljährlichen Turnus möchte der VS Berlin in ver.di an ganz oder fast schon vergessene Schriftstellerinnen und Schriftsteller erinnern. Nach einer Würdigung ihres Schaffens durch einen Experten soll aus ausgewähl-

ten Werken gelesen werden. Den Anfang machen Andreas Nachama und Hans-Peter Reinecke mit Georg Hermann (* 1871, ermordet 1943 in Auschwitz) mit Auszügen aus „Jettchen Gebert“, dem nach Erscheinen 1906 viel gelesenen Familienroman aus dem jüdischen Berlin des Biedermeier.

Eine Veranstaltung mit freundlicher Unterstützung der Stiftung Topographie des Terrors. Eintritt frei.

Auskünfte: 030-8866 5403.

HEINZ-KNOBLOCH-EHRUNG

Die Grünanlage zwischen Masuren- und Samländischer Straße an der Berliner Straße in Pankow erhält den Namen Heinz-Knobloch-Platz. Die Namensgebung, verbunden mit der Enthüllung eines Gedenksteines für unseren verstorbenen Kollegen, wird am **3. März** um 13 Uhr stattfinden.

ZUHÖREN!

VS Lesemarathon zum 5. Mal

Auch in diesem Jahr findet der Lesemarathon des Berliner VS statt, nunmehr zum fünften Mal. Berliner Autorinnen und Autoren öffneten wieder ihre Schubladen und werden an vier verschiedenen Abenden zu fünf verschiedenen Themen aus Manuskripten lesen, die sie dort gefunden haben – Heiteres und Besinnliches, Erotisches und Schauriges. Zu allen Veranstaltungen sind Gäste herzlich willkommen.

Montag, 7. März 2005

„Historischer Abend“

19.30 Uhr

Bücher am Nonnendamm
Nonnendammallee 87 a
13629 Berlin

Dienstag, 8. März 2005

„Fit in die Kiste“

20.00 Uhr

Dorotheenstädtische Buchhandlung
Turmstr. 5

10559 Berlin (Moabit)

Mittwoch, 9. März 2005

„Lyrik“

20.00 Uhr

„bargelb“

Mehringdamm 62

10961 Berlin (Kreuzberg)

und auch am

Mittwoch, 9. März 2005

„Randberliner“

20.00 Uhr

Grundschule „Unter den Bäumen“

Alt-Blankenburg 26

13129 Berlin

Donnerstag, 10. März 2005

„Liebestrunken – Autorinnen und Autoren lesen über erste Blicke und zweite Chancen, über Herzklopfen und Zungenküsse“

20.00 Uhr

Stadtbibliothek Neukölln

(in den Neukölln Arkaden

Karl-Marx-Str. 67

7. Stock, Aufzug, Parkdeck 4)

Freitag, 11. März 2005

„Literatur jenseits von Bestsellerlisten und Fernseh-talks“ (II)

Berliner Verleger im Gespräch

15.00 Uhr

Literaturhaus Berlin

Fasanenstr. 23

10719 Berlin (Charlottenburg)

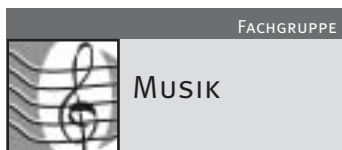
Modellversuch gestartet

Musikschulen und Ganztagschulen sollen kooperieren

Kooperationen zwischen Musikschulen und Ganztagschulen starten mit diesem Schuljahr. Das hat der Musikschulbeirat Ende Oktober beschlossen, der zuständige Senat hat dem zugestimmt. Zunächst handelt es sich um einen zweijährigen Modellversuch.

Grundsätzlich begrüßt die Fachgruppe Musik eine enge Zusammenarbeit zwischen Schule und Musikschule. Dadurch kann eine umfassendere musische Bildung der Kinder und Jugendlichen ermöglicht werden. Auf Transfereffekte zu allgemeinen Fähigkeiten im intellektuellen und sozialen Bereich gibt es deutliche Hinweise. Außerdem sind derartige Kooperationen eine Chance, Schüler/innen zu erreichen, die sonst nicht zur Musikschule kämen.

Die Rahmenbedingungen sind jedoch noch völlig unzureichend. Vor allem die Finanzierung ist ungeklärt. Die Schulen bekommen zwar Sachmittel, um die neuen Ganztagschulen auszustatten, aber keinerlei Personalmittel, um die Lehrkräfte zu bezahlen. Die



Honorartöpfe der Musikschulen sind dermaßen gekürzt worden, dass sie oft nicht einmal für den bisherigen Unterrichtsumfang reichen.

Die Senatsverwaltung hat Unterlagen vorgelegt: veränderte Ausführungsvorschriften, Unterrichts- und Dienstvertrag sowie eine Kooperationsvereinbarung, die die betreffenden Schulen und Musikschulen schließen sollen. Anders als andere Bundesländer will Berlin keine Rahmenvereinbarung abschließen. Damit fehlen wichtige allgemeine Regelungen insbesondere zu Sinn, Begründung und Qualität der Kooperation. Die anderen Vereinbarungen und Verträge könnten einen Teil davon auffangen, müssen aber dringend ergänzt werden. Es muss klar vereinbart werden, um welche Unterrichtsformen es sich handelt. Pädagogische Notwendigkeiten sollten

dabei unbedingt Vorrang haben. Bei welcher Qualifikation welches Honorar gezahlt wird, muss präzisiert werden, um Qualität und angemessene Bezahlung zu sichern. Erfreulich ist dabei, dass der höhere Aufwand der Lehrkräfte berücksichtigt wurde: Die Honorare sind höher als die bisherigen Musikschullehrerhonorare. Ein nicht hinnehmbarer Widerspruch ist es, dass in der Kooperationsvereinbarung von „pädagogischer Kontinuität“ die Rede ist, aber befristete Dienstverträge im Gespräch sind.

Ungeklärt ist die Frage der Raumnutzung. Die Ganztagschulen dehnen ihre Nutzung bis 16 oder 17 Uhr aus. Wo bleibt da die Musikschule, die ab 14 Uhr Räume braucht? Dürfen Kinder ihre Schule für Musikschulunterricht verlassen – wie in der Brandenburger Rahmenvereinbarung formuliert?

Die Arbeitsgruppe des Jugend-senates wird für die Zeit des Modellversuches also genug zu tun haben. Wir werden unsere Anliegen weiterhin einbringen.

Ulrike Philippi

SEMINAR

Immer mehr Musikschullehrerinnen/-lehrer werden aus ehemals stabilen Verhältnissen in die »freie Wildbahn« gedrängt. Hochschulabsolventen finden nach Abschluss ihres Studiums keine Tätigkeit an der Musikschule. Um im gelernten Berufsfeld tätig sein zu können, ist es wichtig, die nötigen wirtschaftlichen und rechtlichen Kenntnisse zu erlangen. Unser Seminar soll helfen, mit Informationen und Erfahrungsaustausch zu den steuerlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen für eine Existenzgründung (u. a. Ich-AG, betriebswirtschaftliche Betrachtung, Rechtsformen), zur Organisation der Büroarbeit, zur Akquise und zum Umgang mit Kunden, zu neuen Arbeitsgebieten, zu Selbstvermarktung, Werbung usw.

Das Seminar findet am 16. und 17. April 2005 in der Landesmusikakademie Berlin statt.

Schriftliche Anmeldung bis zum 15. März 2005 an die Fachgruppe Musik von ver.di Berlin-Brandenburg, Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin, Tel.: 030-8866-5403 oder per Fax: 030-8866-5434. Dort sind auch nähere Informationen erhältlich. **UP**

GLÜCKWUNSCH

Reiner Melle ist seit über 50 Jahren Mitglied der Gewerkschaft. Im ersten Beruf Eisenbahner, später als Gitarrist und Musikschullehrer, hat er es immer als eine Selbstverständlichkeit angesehen, die beruflichen Dinge auch als eine politische Aufgabe zu begreifen. In der Fachgruppe Musik ist er von Anfang an dabei, bereichert die Arbeit mit Humor, Lebenserfahrung und Sachkenntnis. Seine Spezialität sind Tariffragen. Für die Landesfachgruppe ist er in der Bundestarifkommission und hier bei uns als Frankfurter Vertreter für Brandenburg. Der Fachgruppenvorstand Musik hat ihm auf seiner Dezember-Sitzung für Ausdauer und Engagement feierlich gedankt. Nun ist er im Januar auch noch 65 geworden. Lieber Reiner: herzlichen Glückwunsch! **StG**

Zwei Schritte vor, einen zurück



Billiger geht's nimmer

Die Novembermeldung vom bevorstehenden Ende der Künstlersozialkasse war eine falsche, jedoch quälen ungelöste finanzielle Probleme dieselbe, entstanden aus dem Anwachsen der KSK-Versicherten seit 1983 von 12.000 auf rund 140.000. Zu erwartende Entlassungen und feh-

lende Einstellungen werden der KSK weitere 80.000 Freiberufler bescheren. Betont der Berliner Senator Sarrazin eben, in diesem Jahr auf grausame Kürzungen verzichten zu wollen, so dräut Unheil schon aus anderer Quelle: Der Bund hat 1999 seinen KSK-Anteil um fünf auf zwanzig Prozent verringert und den Anteil der abgabepflichtigen Verwerter ab 2005 von 4,3 auf 5,8 Prozent aller gezahlten Honorare erhöht. Die kommunalen Berliner Musikschulen müssen den Zusatzbedarf aus ihren Honorarmitteln decken. Das bedeutet je nach Größe der Musikschule Abbau von 50 bis 80 Schülerplätzen und somit weiteren Einkommensverlust für die „freien“ Lehrkräfte. Mangel wird einmal mehr nach unten verteilt. Und: KSK-Anteile sind Arbeitgeberanteile, die hier mal eben auf die Beschäftigten abge-

wälzt werden. Dass diese Tendenz auch andernorts Einzug nimmt, macht diese Umverteilungssystematik nicht annehmbarer. Sarrazin & Co könnten sich hier ehrlich machen und den KSK-Anteil übernehmen, kosten freie Mitarbeiter doch nur knapp ein Drittel der für Angestellte fälligen Sozialversicherungsabgaben, erhalten mindestens dreißig Prozent weniger Honorar und leisten jede Menge Grauarbeit für die Musikschule. Billiger geht's nur noch ganz ohne Mitarbeiter.

Bernd Juncker

HINWEIS

Der Fachgruppenvorstand tagt am 18.3.2005, Beginn 9 Uhr, ver.di-Haus. Interessierte Kollegen sind herzlich eingeladen!

LANDESBEZIRK

Aktuelle Ausstellungen in der Medien Galerie, Gewerkschafts-haus Dudenstr. 10, 10965 Berlin (U 6 Platz der Luftbrücke): „**Nur Frauen**“. Eröffnung am 7. März, 18. 00 Uhr: Zum Internationalen Frauentag und bis Anfang April zeigt die Medien Galerie Frauen-bildnisse, Tafelmalerei und Zeichnungen des Malers und Grafikers Kurt-Hermann Kühn.

INTERNATIONALES

„**Englische Gewerkschaftsbe-wegung im Aufschwung**“ – Diskussionsveranstaltung im Rahmen des deutsch-britischen Seminars „Unterbietungskonkurrenz in Europa“ mit englischen Gewerk-schafterInnen. Donnerstag, 17.3. 2005, um 19 Uhr, Medien Gale-rie, Dudenstr. 10, 10965 Berlin.

SEMINAR

Tagesseminar „Existenzgrün-dung für Einzelunternehmer und Microunternehmen“ 3. Mai 2005, 9.30 Uhr bis 16.30 Uhr in der Kö-penicker Straße 30, 10179 Berlin. Im Seminar werden Kenntnisse zu den Rahmenbedingungen einer Existenzgründung als freiberuflicher bzw. gewerblicher Einzelun-ternehmer oder in Kleinstunter-nehmen vermittelt. Die Teilnehmer sollen in die Lage versetzt werden, Chancen und Risiken einer Selbstständigkeit zu beurteilen. Schwerpunkte: Existenzgründung aus der Arbeitslosigkeit, Grün-dungsplanung und Risikomini-mierung, Förderungsmöglich-keiten (z. B. Überbrückungsgeld u. a. Existenzgründungshilfen), Abgren-zung freiberuflicher und gewerb-licher Tätigkeit, Anmeldeformalia, soziale Absicherung, betriebswirt-schaftliche und steuerliche Aspekte, Gemeinschaftsgründungen.
Anmeldung: Fax 030/88 66-59 34, e-Mail: andreas.koehn@ver-di.de, Post: ver.di Berlin-Brandenburg, FB 8, Köpenicker Straße 30, 10179 Berlin. Gebühren: ver.di-Mitglieder zahlen 13, Nichtmit-glieder 50 Euro.

LITERATUR

VS-Stammtisch: Jeden ersten Donnerstag im Monat im „Terzo Mondo“, Grolmanstr. 28, zwei Minuten vom U-Bahnhof Uhland-str. (U 15) entfernt oder vom S-Bahnhof Savignyplatz. Besonder-heit im März: siehe VS-Seite 13.

Lesungen: Fast vergessene Schriftsteller – Georg Hermann. Andreas Nachama und Hans-Peter Reinecke lesen aus „Jettchen Gebert“. Donnerstag, 3. März 2005, 19.30 Uhr, Literaturhaus, Fasanenstr. 23, 10719 Berlin.

„**Berlin wie es lacht und lä-stert**“. Präsentation der Anthologie II am 26. April 2005, 20.15 Uhr, Lehmanns Fachbuchhand-lung, Hardenbergstr. 5, 10623 Berlin.

Achtung! Anfrage für Schriftstel-lerkongreß Juli bis 30. März an je-weiligen Vorstand einreichen.

RFAVMEDIEN

Stammtisch für Kleindarstel-ler: jeden 1. Dienstag im Monat ab 18 Uhr im Restaurant „Götter-speise“, Neuköllner Oper, U7 Karl-Marx-Straße.

Actorstable für Darstellerinnen und Darsteller der Film- und Fern-sehbranche an jedem ersten Montag im Monat ab 18 Uhr im Café Rix, Karl-Marx-Str. 141 (di-rekt U-Bahnhof Karl-Marx-Str.) Gedankenaustausch und thema-tische Schwerpunkte, Unkosten-beitrag 5 Euro, Rückfragen: Tel. 030/5 68 48 40 Evelin Gund-lach und Guenter Messe

VERLAGE UND AGENTUREN

Stammtisch an jedem zweiten Donnerstag im Monat, 17 Uhr im Restaurant „Heidelbeere“, am Heidelberger Platz.

MUSIK

Wir arbeiten nicht im Verbor-genen! Alle Mitglieder sind herz-lich zu den Sitzungen des Landes- und Bezirksfachgruppenvorstan-des eingeladen! Die Vorstände tagen von 9.00 bis 12.30 Uhr, Köpenicker Str. 30. Nächste Sit-zungen am 18. März und 15. April. Tel. 030/88 66-54 02.

SENIOREN

ADN-Senioren: am letzten Mon-tag jedes Monats um 14 Uhr in der Begegnungsstätte der Volks-solidarität, Torstr. 203-206.

„**Alte-Barden-Runde**“: jeden zweiten und vierten Mittwoch im Monat um 15 Uhr im Restaurant „Alt-Tempelhof“, Alt-Tempelhof 46, 12103 Berlin.

Seniorengruppe Funkhaus: Mitgliederversammlung am 20. April, 14 Uhr im Funkhaus Sen-desaal Block B, Thema: 60. Jah-restag der Befreiung vom Nation-alsozialismus – wo steht Deutsch-land heute und was ist zu tun? Gastreferent: Friedrich Schorlem-mer (angefragt).

Gerhart-Eisler-Kreis: am 3. März, 14 Uhr, Block A, Raum 505, The-ma: Gibt es einen Ausweg aus dem PISA-Tief? Oh, du schöne POS?! Dazu Prof. Dr. Karl-Friedrich Wes-sel (früher Humboldt-Uni).

Exkursion für Abonnenten mit Begleitperson zum Druckhaus der Berliner Zeitung am 16. März, 18 Uhr zum Andruck – mit Besichti-gung der technischen Anlagen, Berlin-Lichtenberg, Am Wasser-werk 11, Tramlinien M 8, 21, Hal-testelle Herzbergstr./Siegfriedstr.

PAPIERVERARBEITUNG

Fachgruppenversammlung an jedem zweiten Dienstag im Mo-nat um 16.30 Uhr im Gewerk-schafts-haus Köpenicker Str. 30.

CONNEX.AV

Second-Tuesday-Stammtisch für freie und selbstständige Me-dienschaffende aus Privatrund-funk, Film, AV-Produktion und Neuen Medien. Nächster Termin 8. März zu Auswirkungen von Hartz IV. Weiteres unter: www.connex-av.de.

THEATER & BÜHNEN

Sitzungen des Geschäftsführen-den Vorstands der Fachgruppe 10 alle drei Wochen im ver.di-Haus. Rückmeldungen zur Teilnahme bitte an Georgia Weiland (Tel. 030-88 66-54 12). Nächste Termine: 14. März, 15.00 Uhr, R. 4.12 (erwei-terter Vorstand), 4. und 25. April (geschäftsführender Vorstand).

JOURNALISMUS

Presseausweise der IOJ: Jeden zweiten Dienstag im Monat von 13 bis 15 Uhr, Raum 4.12 ver.di-Neubau, Köpenicker Str. 30. Nächster Termin 8. März. E-mail: ioj_deutschland@yahoo.de

AKTIVE ERWERBSLOSE

Die Erwerbslosen von ver.di Berlin treffen sich jeden 2. und 4. Donnerstag im Monat um 17.30 in der Köpenicker Str. 30.

Ulla Pingel (Tel. 030/621 24 50) und Olaf Zygalsky (Tel. 782 13 34) sind ehrenamtliche Sprecher.

Redaktion „Forum der Nicht-arbeit“ produziert ein wöchentli-ches tv-Magazin, Ausstrahlung im „Offenen Kanal Berlin“ jeden Sonntag 20.30 Uhr, montags 19 Uhr. Die Crew freut sich über weitere Mitstreiter, Redaktions-treffen donnerstags 20 Uhr, Tel. 030/220 13 755 oder 030/25 01 52 24.

BILDENDE KUNST

Kunst-Kreuz in Berlin Friedrichs-hain vom 16. Juni bis 15. Juli 2005. Info's unter: www.kulturring.org. Anmeldungen bis 31. März 2005 unter kunstkreuz@kulturring.org

FRAUEN

Der Frauenstammtisch des Fach-bereiches 8 trifft sich an jedem letzten Donnerstag in ungeraden Monaten um 18 Uhr im „Casa-lot“, Claire-Waldoff-Str. 5 (Orani-eburger Tor, U6).

Sprachrohr 2/05

erscheint am 25.04.2005
Redaktionsschluss am 29.03.05

Impressum

Sprachrohr – Informationen für ver.di Mitglieder in Berlin-Brandenburg

Herausgeber: ver.di Fachbereich 8 Medien, Kunst und Kultur, Druck und Papier, industrielle Dienste und Produktion Berlin-Brandenburg.

Redaktion: Andreas Köhn (verantwortlich). Anschrift von Herausgeber und Redaktion: Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin. Tel.: 030/88 66-6.

Redaktionelle Betreuung: Helma Nehrich, transit berlin. pro media, Torstraße 177, 10115 Berlin, Tel.: 030/61 30 96-64, Fax: 030/61 30 96-66.

Redaktionelle Betreuung: Helma Nehrich, transit berlin. pro media, Torstraße 177, 10115 Berlin, Tel.: 030/61 30 96-64, Fax: 030/61 30 96-66. *Gestaltung, Produktion:* bleifrei Medien + Kommunikation, Prinzessinnenstraße 30, 10969 Berlin, Tel.: 030/61 39 36-0, info@bleifrei-berlin.de

Anzeigenannahme: Agentur Adolph, Am Friedrichshain 22, 10407 Berlin, Tel.: 030/5 66 57 53, Fax: 030/5 66 57 54

Druck: Henke-Druck, Plauerer Straße 160, 13053 Berlin

Auch unverlangt eingesandte Manuskripte werden sorgfältig behandelt. Sprachrohr erscheint sechsmal im Jahr, Bezugspreis 5 Euro pro Jahr, für ver.di-Mitglieder im Beitrag enthalten.

Bitte an den /die ZustellerIn:

Wenn neue Anschrift bekannt, bitte senden an: ver.di, Fachbereich 8 Berlin-Brandenburg, Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin

Straße _____

Ort _____

Bemerkungen _____

ver.di, Fachbereich 8 Berlin-Brandenburg, Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin
Postvertriebsstück, „Entgelt bezahlt“, A 11703 F

SPRACHROHR – Vertrauen Sie nicht dem Zufall!

Mitglieder des Fachbereichs 8 in ver.di bekommen in Berlin und Brandenburg das Sprachrohr alle zwei Monate zugeschickt.

Alle anderen können die Medien-Zeitung im **Abo** beziehen. Sechs Ausgaben im Jahr kosten nur 5,00 €. Bestellung bei ver.di, Fachbereich 8 Berlin-Brandenburg, Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin.

Nach dem Volontariat das Aus

Keine Weiterbeschäftigung für Betriebsratsmitglied bei regionalem TV-Sender

Das Bundesarbeitsgericht (BAG) versagte einer Volontärin bei einem regionalen Fernsehsender den Weiterbeschäftigungsanspruch aus § 78a Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG) nach Ablauf ihres Volontariatsvertrages.

Die Klägerin, Absolventin eines Publizistikstudiums, war nach vorherigem Praktikum in der Zeit vom 1. März 2001 bis zum 28. Februar 2002 mit einem befristeten Volontariatsvertrag zur Vor-

Ausbildungsabschluß gegenüber dem Arbeitgeber die Weiterbeschäftigung schriftlich beantragt wurde. Das soll betriebliche Interessenvertreter, die sich noch in der Ausbildung befinden, schützen. Denn Berufsausbildungsverhältnisse enden grundsätzlich mit Ablauf der Ausbildungszeit, ohne dass es einer Kündigung bedarf. Deshalb greift der ansonsten für betriebliche Interessenvertreter geltende besondere Kündigungsschutz nach § 103 BetrVG in diesen Fällen nicht. Der Weiterbeschäftigungsantrag der Volontärin wurde im vorliegenden Fall von der Arbeitgeberin abgelehnt. Die dagegen erhobenen Klagen blieben durch alle Instanzen, inklusive des BAG, erfolglos.

Das BAG lehnte den Weiterbeschäftigungsanspruch ab, weil es den konkreten Volontariatsvertrag im Sinne des BetrVG qualifizierte. Vielmehr wurde der Vertrag als gewöhnliches Arbeitsverhältnis eingeordnet. Danach stünde nicht

der Ausbildungszweck, also die Vermittlung beruflicher Kenntnisse, sondern die Erbringung von Arbeitsleistung im Vordergrund, so die Begründung des BAG. In diesem Kontext wurde auf einzelne Abreden des Volontariatsvertrages verwiesen, die nach der Wertung des Gerichts Inhalt von ganz normalen Arbeitsverhältnissen sind. Auch fehle es an weiteren von der Rechtsprechung benannten Anforderungen, gesetzlichen- oder tarifvertraglichen Regelungen bzw. einer abgestimmten Ausbildungspraxis.

Bei bloßer Befragung eines Wörterbuches hätten die Bundesrichter feststellen können, dass es sich bei einem Volontär von Natur aus um einen „auszubildenden Arbeitnehmer“ handelt. Konsequenterweise wäre dann auch eine Differenzierung zwischen „Ausbildungsvolontär“ und „Arbeitsvolontär“, wie sie das BAG nun vorgenommen hat, nicht gegeben. Auch vermag die Entscheidung des BAG nicht zu er-

klären, welchen Sinn ein Volontariat im Bereich des Fernsehens machen soll, wenn im Mittelpunkt des Vertrages lediglich die Erbringung der Arbeitsleistung steht.

Schlimm genug, dass günstige Arbeitsleistung oft die eigentliche Motivation der Arbeitgeber für den Abschluß von Volontärverträgen darstellt. Das sollte jedoch Grund genug sein, dieses Dilemma nicht höchstrichterlich weiter zu zementieren!

Volontäre im Fernsbereich, die in der betrieblichen Interessenvertretung aktiv mitarbeiten, sollten darauf achten, in ihrem Volontariatvertrag wenigstens den Ausbildungszweck explizit zu vereinbaren. (Az: BAG 7 AZR 129/04). **Johannes Heuschmid**

Arbeitsleistung nicht Ziel des Volontariats

bereitung auf die Aufgaben einer Fernsehredakteurin beschäftigt. Im Dezember 2001 wurde sie Mitglied des Betriebsrates. Rechtzeitig vor Ablauf des befristeten Vertrages machte sie den Weiterbeschäftigungsanspruch geltend.

Danach gilt ein Arbeitsverhältnis als begründet, wenn innerhalb der letzten drei Monate vor

ANZEIGE

bleifrei Medien + Kommunikation • Prinzessinnenstr. 30 • 10969 Berlin, Tel. 61 39 36-0 • info@bleifrei-berlin.de • www.bleifrei-berlin.de



KULTUR Wir sind versiert in der Umsetzung komplexer gestalterischer, farb- und bildbetonter Anforderungen, wie sie Kunst- und Kulturinstitute stellen.



GEWERKSCHAFT Wir sind engagiert in der journalistischen Gestaltung von Gewerkschaftspublikationen.

SOZIALES Wir sind kompetent und ideenreich im Konzipieren zielgruppengerechter Printmedien.



LITERATURTIPP

Schwarzbuch

ver.di macht öffentlich, wie bei der Discount-Kette Lidl systematisch elementare Beschäftigtenrechte verletzt werden. Der Bestseller kann von ver.di-Mitgliedern für 8 Euro plus Versandkosten bestellt werden bei der verdi gmbh medien/buchhandel/verlag unter:

Fax 030/69 56 31 60 oder bei manina.walter@verdigmh.de, Tel. 030/ 69 56 12 62:

Schwarz-Buch Lidl. Billig auf Kosten der Beschäftigten. Von Andreas Hamann und Gudrun Giese, Berlin 2004, 103 S., ISBN 3-932349-12-1